



# VOLLDRAHT

## Deutschland

Preisempfehlung S 1,00 - USD 2,50 - RUB 150,00 - € 2,50 (nur noch bis September 2019) - Auflage ca. 300.000 Zeitungen

UNZENSIERTE NACHRICHTEN

Mai/Juni 2019

## Gelber Schein



Der rechtswillkürlichen Agitation institutioneller Einrichtungen kann nur mit dem Wissen, um die tatsächlichen Rechte entgegengetreten werden.

Weiterlesen: Seite 5

## Person - Sache - Frei



Lernen Sie ein neues Verständnis zu Ihrer Person kennen. Erkennen Sie „das Spiel der Begrifflichkeiten und die Täuschung im Rechtsverkehr der BRD.

Weiterlesen: Seite 2

## Capitis deminutio



Ein Vernichtungskrieg ist ein Krieg, dessen Ziel die vollständige Vernichtung eines Staates, eines Volkes oder einer Volksgruppe und ihrer Lebensgrundlage ist.

Weiterlesen: Seite 10

## Israel

**RT Deutsch** - „Israel größter Gewinner des Holocaust“ – Al Jazeera löscht verstörendes Video. In einem Video des Nachrichtensenders Al Jazeera wird Israel vorgeworfen, den Holocaust auszunutzen, um eine „nationalsozialistische Politik der Vernichtung gegen die Palästinenser“ durchzuführen. Das Video wurde gelöscht. Die beiden Journalisten suspendiert. Das besagte Video wurde auf der arabischen Version von Al Jazeeras populärem Kanal für aktuelle Ereignisse, AJ+, veröffentlicht. In dem Beitrag sprechen die Macher davon, dass der Holocaust zwar tatsächlich stattgefunden habe, aber die Gesamtzahl der von den Nazis getöteten Juden „von der zionistischen Bewegung aufgeblasen“ worden sei. Mit dem Ziel, internationale Unterstützung für die Gründung Israels zu schaffen.

## EU-Wahl

**JB** - Die planwirtschaftliche Umsetzung der Wahlergebnisse wurde erfolgreich durchgeführt. Die Schmierkomödie läuft im letzten Akt und die C-Promis der Altparteien haben den Preis für das sinnfreieste Theaterstück 2019 erhalten. Festzustellen war, dass die Zuschauer aus den Gebieten der Konsumzombies, die Grünen als Prügelknaben im letzten Akt der EU gewählt haben. Der Jubel der Grünen, bei Bekanntgabe der Zuschauerabstimmung beweist, der Bildungsstand IQ 90 ist nicht länger eine Verschwörungstheorie.

## Russland

**RT Deutsch** - Russland entsendet Spezialisten zur Wartung von Militärausrüstung in die Republik Kongo. Russland entsendet Spezialisten in die Republik Kongo, um bei der Instandhaltung der Militärausrüstung zu helfen, die Moskau dem Land zur Verfügung gestellt hat. Das teilte der Pressesprecher des Kreml nach Angaben der Nachrichtenagentur TASS mit. Russische Militärberater werden in die Republik Kongo entsandt, um für die Wartung der Ausrüstung zu sorgen, die Moskau dem Land zuvor zur Verfügung gestellt

**JB-[Politik]** - Mecklenburg vereint Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz zu dem größten nördlichsten Staat Deutschlands. Das seine wirtschaftliche Stabilität durch ein gewachsenes landwirtschaftliches Umfeld findet. Wenn da nicht die jahrzehntelange Destabilisierung der Landwirtschaft stattgefunden hätte. So manch ein Landwirt fragt sich, wann er vom selbständigen Landwirt, der von Feldfrüchten- und Viehzucht in umweltgerechter Anbauweise, zum abhängigen Anwender von Konzernprodukten umgestrickt worden ist.

Maik im Gespräch mit einem der innovativsten Landwirte Vorpommerns. Einhergehend mit der schleichenden Überschuldung und Landverlust. Der Weg zur industrialisierten Monokultur ist als direkte Folge dieser Politik vorgezeichnet und damit verlieren die Gemeinschaften in den Dörfern und kleineren Städten ihre wirtschaftliche Stabilität.

Dabei sind es die kleinen starken



Gemeinden, die ausschlaggebend für die Gesamtstabilität des Landes sind. Mecklenburg wurde über eine opportunistische Politik und Einflußnahme div. Gruppierungen, die eigene renditeorientierte und/oder ideologische Ziele verfolgten, zu einem in Fläche ausgebluteten und schwachen Konsumentenviertel. Aufgrund der extremen Verflechtung von politischen-wirtschaftlichen-ideologischen Interessengruppen wird sich dieser Umstand auch nicht ändern. Hinzu kommt, daß die Mißstände über die offiziellen Pres-



sekanäle nicht verbreitet werden und durch die vorgenannte Gruppierung ebenso die systemkritische „Meinungsfreiheit“ blockiert wird. Es wurde eine willkürliche Intoleranz staatlicher Institutionen gegenüber einer freien Meinung aufgebaut. Ein totalitäres Überwachungsinstrument der Meinungsbildung, perfider als es schon mal vorhanden war. Ergo, die Menschen in Mecklenburg werden falsch informiert und vom lästigen Vermögen, Häusern und Arbeitsplätzen befreit. Für die Unterhaltung sorgt die Entertainmentgruppe der überqualifizierten Atomphysiker, die auf Einladung der vorgenannten Gruppierung auch per Flugzeug in unser Land verbracht werden. Das liest sich nicht nur mies, das ist ein nicht akzeptierbarer Zustand, der zur Korrektur ansteht. Und zu diesem Zweck haben sich zwei Nordmänner zusammengefunden. Der Geikler, Maik® und der Baumann, Jörn. In der Erkenntnis, daß nur das, was man selbst erledigt, Bestand hat, haben die hartnäckigen Kerle beschlossen, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, diesen ineffizienten Zustand der bestehenden Regierung in seine korrekte Staatsform zu setzen und die prosperierende Entwicklung von Mecklenburg zu unterstützen. Die beiden Familienväter sehen sich

in der Verantwortung ihren Kindern gegenüber, die eine Zukunft haben sollen, die nicht von einem ideologischen Irrsinn dominiert wird, der mit seinem Abbau der Meinungsfreiheit, dem Rechtsstillstand, seiner hysterischen Überwachung und Mißachtung der Privatsphäre, der Verschuldungspolitik und der die Nationalität zerstörende Gleichmacherei einer wahnsinnigen, auf Links gedrehten bunten Einfalt, die unserem Land die Energie raubt. Das bestehende politische System ist nicht in der Lage, aus sich selbst heraus die Korrektur vorzunehmen. Jeder Abweichung aus der Front der Parteivasallen führt zum Verlust der gesellschaftlichen und sozialen Sicherheit. Kennt man schon, brauchen wir nicht noch einmal. Geikler, Maik® der designierte Regent von Mecklenburg-Strelitz

Geikler, Maik® bringt die notwendige Voraussetzung mit, die Systemfrage stellen zu können. Geikler, Maik® ist thronfolgeberechtigt und wurde aufgefordert sein Erbe anzutreten. Maik hat sich in den letzten Jahren intensiv auf die bevorstehende Arbeit und das mit internationaler Unterstützung u.a. durch die Royal Academy of the United Nations vorbereiten können.

Baumann, Jörn hat sich in die Problematik der Information, innerhalb

der etablierten Propaganda-Unternehmen die unzensierten Informationen zu liefern und zu verbreiten, erfolgreich eingearbeitet. Das aus dem Thinktank „Vision D“ weiterentwickelte Medienprojekt „VOLL-DRAHT“ sichert die unabhängige Information mittels einer rau und direkt gestalteten Zeitung.

VOLLDRAHT übernimmt den ideologisch übergreifenden Part (Partei-Industrie-NGO-Neutral) und ermöglicht den Brückenschlag zwischen den Menschen, die sich bereits in den laufenden Prozeß der Reorganisation Mecklenburgs einbringen und den Menschen die mehr Informationen verlangen, damit Sie sich beteiligen können.

Zwei Männer, die ein gemeinsames Ziel haben. Mecklenburg für zukünftige Generationen lebenswert und souverän zu gestalten. Maik der als Großherzog, Titel, Macht und Boden hält. Maik, der als Großherzog international akzeptiert ist und somit die staatstragende Funktion unterstützt und gewährleistet. Sowie Jörn, der unverschämt, unzensiert, rechtswirksam publiziert und dafür sorgt, daß sich auch jeder in Mecklenburg mitentscheiden darf. Wer also an einer Steuerhöhe von anfänglich 25% mit fallender Tendenz, einer freien Schulbildung (keine Schulpflicht), einer freier Heilsfürsorge, einer realen Privatsphäre, einer freien Impfentscheidung und an einer stabilen Finanzpolitik Gefallen finden könnte, ist herzlichst eingeladen, sich einzubringen.



Primär ist es notwendig, aus der halbblinden Justiz eine funktionsfähige Einheit zu bilden, die Polizeikräfte hoheitlichen Rechten folgen und nicht länger eine Parteidoktrin umsetzen.

*Frage nicht, was dein Land für dich tun kann. Handle für dein Land und die starke Gemeinschaft bietet dir den Schutz deiner Familie.*



# Person- Sache und Mensch - Frei

## Der Machterhalt und seine Ausplünderungsmechanismen

**Geikler, Maik ® [Recht]** - Erschaffung der "Person" (durch Ausstellung der Geburtsurkunde) macht sich der Urheber zum Eigentümer. Das ist rechtlich im Urheberrecht begründet. Der Urheber ist "immer der Eigentümer", egal in welcher Sache. Nachdem eine Regierung Urheber der "Person" ist, ist die Person im Besitz, also im Eigentum der Regierung. Dabei nützt es wenig, wenn im politischen Verständnis von einer Demokratie gesprochen wird. Der Eigentümer bleibt immer die bestimmende Kraft und wird in jeder Gerichtsbarkeit Recht bekommen.

So wurde es im Bund (durch Vertrag/Konkordat) von Kirche und Regierungen geregelt, daß nämlich die Geburtenregistrierungen von der Kirche an die Regierungen übertragen werden, welche wiederum eine Organisation ist, die den "Staat" trägt. Fortan war also zunächst scheinbar nicht mehr die Kirche Eigentümer der Personen (Population), sondern die Regierung. Allerdings ist die Regierung auch im Eigentum der Kirche, daher geht ihr nichts verloren. Mit der Schaffung der Person mit Name und Nr. wurde ein individualisiertes "Rechtssubjekt" geschaffen. Also eine juristisch korrekte Vision. Eine fiktive Rechtsform, wie es z.B. auch Unternehmen sind.

Nun kommen wir dem Kern der "Sache" noch etwas näher:

Ein Rechtssubjekt ist etwas "Subjektives", eine "Sache" mit der man hervorragend "Handel" betreiben kann. Handel mit dem Eigentum selbstverständlich, was ja vollkommen legitim ist. Jemand handelt mit seinem Besitz. Ganz einfach, es ist ein Austausch von Werten, die aus der Sache (aus dem Subjekt) generiert werden.

Warum wurde das gemacht? Jeder kennt doch die Menschenrechte, darin ist klar formuliert, daß Sklaverei verboten ist, daß der Mensch als souveränes geistig sittliches Wesen zur Welt kommt. Wie könnte man ihn also versklaven?

Wenn man den Menschen nicht versklaven kann, dann macht man eben etwas anderes aus ihm. Für eine Handelsware gilt kein Menschenrechtsgesetz! Also wird mit dem eigenen Besitz (siehe „Geburtsanzeige“), also "Rechtssubjekt" "Handel" betrieben. Über diese nun lediglich auf einen Stück Papier/Urkunde erschaffene Person – näher bezeichnet mit dem NAMEN in der Geburtsurkunde – kann deshalb "verfügt" werden, ganz wie es der immer souveräne Eigentümer will. Schon mal eine "Strafverfügung" bekommen? Oder eine "Vorladung"? Es wird über diese Person (Ladung des Schiffes)verfügt, nicht über den Menschen.... alles klar?

Der Mensch hat gemäß Recht und Gesetz, gemäß EU Verfassung und Menschenrechtskonvention aus 1948 das Recht der freien Entscheidung. Der Mensch hat das Recht die Rechte der Person zurückzulegen und gilt ab diesem Moment als "Mensch" und nicht mehr als Person. Hierin ist auch erkennbar warum die Person und der Mensch nicht dasselbe sein kann.

Der Unterschied liegt in der freiwilligen Entscheidung des jeweiligen Menschen. Entscheidet er sich nicht, so bleibt er weiter Person und trägt eben freiwillig die Rechte



und Pflichten der Person, weil diese Situation bereits gegeben ist.

Nun müßte man auch wissen was die Person darf und was nicht?

Grundsätzlich ist zu sagen, daß die Person kein privates Eigentum besitzen darf, sie trägt ja einen Besitzer der ihr Eigentum "mit ihr" besitzt. Auch gesetzlich hat die Person keine Rechte, außer es gibt ein Gesetz, welches ein Recht einräumt (meist nur gegen Bezahlung!).

So hat die Person das Recht Steuern zu bezahlen, weil sie etwas aus den staatlichen Einrichtungen für sich privat beansprucht hat. Dies ist bis ins letzte Detail aufgeschlüsselt und geklärt. Jedes Jahr läßt sich der Eigentümer der Person neue weitere Restriktionen und Regelungen einfallen, damit der Profit weiter und weiter erhöht wird. Das ist es was wir heute immer deutlicher zu spüren bekommen.

Der Mensch trägt "freiwillig" die Aktivitäten der Person und bekommt einen kleinen Teil zum eigenen "Genuß" wieder retourniert z.B. eine Rente/Pension, die jedoch zuerst selbst einbezahlt werden muß und auch noch von der Allgemeinheit getragen wird.

Der Eigentümer wird nie etwas von sich den Personen zurückgeben, ganz wie in der Sklaverei. Alle Investitionen in die Infrastruktur werden mit einer jährlichen Krediterhöhung finanziert (Bugetdefizit) der auf der anderen Seite einen Gewinn bedeutet. So ist folglich die Person der Träger und Erhalter des sogenannten Staates, ohne selbst Rechte zu haben. Das Ganze kann folglich und allein schon aufgrund all dessen nicht als Demokratie bezeichnet werden, weil niemand etwas übertragen kann was er selbst nicht hat. Das „Volk“ hat nichts, also hat es auch kein Recht seine Vertreter zu bestimmen. Das Volk bestimmt nicht „wer“ zur Wahl steht, es stimmt, wenn überhaupt nur unter den vom Eigentümer vorgeschlagenen Personen ab, nichts weiter als eine betriebsinterne Wahl der Anführer.

Die Person "dient" somit "freiwillig" einem "fremden" Eigentümer (Mutter Kirche und Vater Staat), der rechtlich mit ihr tun kann was er will, bis über den Tod hinaus (Erb-schaftsrecht). Die Person wird immer nur bekommen was der Eigentümer bestimmt.

Jeder Protest ist sinnlos, weil das Recht dazu nicht besteht. Genau so war es auch in der Sklaverei, als der Sklave eher getötet wurde, als ihm etwas mehr zu geben als "der Herrscher" ihm zugestehen wollte.

Eingefädelt wurde dies u.a. mit dem inzwischen recht bekannten CQV (Cestui Que Vie Act 1666) und zuvor am 18. November 1302 erließ der Papst Bonifaz VIII. das Apostolische Schreiben (Päpstliche Bulle) UNAM SANCTAM, die dem Streit über die zwei Anfänge der Welt ein Ende setzt und die absolute Herrschaft des Papstes über die Welt und deren Geschöpfe manifestiert. Der letzte Satz dieser Bulle lautet:

„Wir erklären, sagen und definieren nun aber, daß es für jedes menschliche Geschöpf unbedingt notwendig zum Heil ist, dem Römischen Papst unterworfen zu sein.“ Dies entspricht der dreifachen Krone von Ba'al = päpstliche Tiara als erste testamentarische Treuhandgesellschaft.

Die erste päpstliche Krone trennt jeden neugeborenen Menschen von jeglichem Recht auf Besitz:

Im Jahre 1455 verfügte Papst Nikolaus V. durch die päpstliche Bulle ROMANUS PONTIFEX, daß jedes neugeborene Kind von allem Recht auf Eigentum getrennt wird. Das bedeutet nicht weniger, als daß man uns direkt nach der Geburt unser Recht auf Eigentum abspricht. Unser Haus, unser Grundstück, unser Auto, selbst unser Kind gehören nicht uns, sondern dem Vatikan! Wir haben lediglich ein Nutzungsrecht und nicht mehr. Für diese Nutzung zahlen wir deshalb auch eine laufende Gebühr, z.B. in Form von Grundsteuern oder Kfz-Steuern. Wenn wir diese Gebühren aus sozialen oder anderen Gründen nicht mehr zahlen können, werden wir zwangsvollstreckt, gepfändet, man nimmt uns unser Auto, unser Haus usw. wieder weg – unabhängig davon, ob wir diese bereits abbezahlt haben oder nicht.

Die zweite päpstliche Krone erklärt den menschlichen Körper zum Eigentum des Papstes in ewiger Knechtschaft als Sklave:

Im Jahre 1481 legalisierte Papst Sixtus IV. in seiner päpstlichen Bulle AETERNI REGIS dem Königreich Portugal den Besitz aller Länder und Gewässer südlich der Kanarischen Inseln bis etwa Mitte des Pazifiks,

während Spanien den Rest erhielt.

Im Sommer des Jahres 1494 wird mit dem Vertrag von Tordesillas die Teilung der Welt in zwei katholische Hemisphären beschlossen und verbindliches Völkerrecht. Zwei Könige teilen sich die Welt, während jedoch die beiden Königreiche Lehensgebiete der römisch-katholischen Kirche sind. Somit ist es die Herrschaft des Papstes über das Land und die Gewässer, über die gesamte Welt, verwaltet durch die beiden Königreiche. Der erste Vertrag zwischen 2 Parteien und zu Lasten Dritter, der Menschen in diesen Reichen (auch in den noch nicht eroberten), die davon keine Ahnung hatten und zu Slaven der römisch-katholischen Kirche erklärt wurden im Namen des Herrn, vertreten durch den römischen Papst.

Die dritte päpstliche Krone erhebt Anspruch auf die Seele eines jeden Kindes:

Die dritte Krone wurde 1537 von Paul III durch die päpstliche Bulle CONVOCATION (Zusammenrufung) erschaffen, die ein dritter testamentarischer Endakt und der Wille eines testamentarischen Nachlasses ist für die Inanspruchnahme aller „verlorenen Seelen“, verschollen auf See.

Alle 3 päpstlichen Kronen (3 Treuhandgesellschaften für jeden neu geborenen Menschen) begründen die 3 Formen des Rechts, die im Kanonischen Recht der römisch-katholischen Kirche begründet sind und den Kamern im Gericht zur Verfügung stehen:

Handelsrecht (Richter ist der Schiedsrichter)

See-kanonisches Recht (Richter ist der Bankier)

Talmudisches Gesetz (Richter ist der Priester)

Der Cestui Que Vie Act 1666

Als Gesetz erlassen von König Charles II. von England, um den Besitz von zunächst auf See verschollener Menschen (PERSONEN) verwalten zu können. Verschollene erhielten damit die Möglichkeit, sich innerhalb von 7 Jahren für lebend zu erklären, anderenfalls fiel deren Besitz der Kirche zu und sie wurden für tot erklärt.

Kurz und knapp und als Ergebnis der Recherchen läßt sich belegen, daß: „Die Welt nur aus Meer besteht“, denn der Vatikan ist die größte Seemacht auf Erden und der Pontifex maximus (Papst) der mächtigste Kapitän. Wie schon ausgeführt hat die kath. Kirche überall ihre Finger im Spiel, SIE allein schiebt tatsächlich die Puppen über das Spielfeld dieser Welt! Einzig aufgrund der Gier nach Macht verhungern täglich ca. 40.000 Menschen, weil man im geostrategischen Poker gewinnen will und den eigenen Macht- und Profit-Interessen alles, aber auch wirklich alles geopfert wird. Und hieran sind alle Politiker in allen Ländern beteiligt. Und das alles hat nicht das Allergeringste mit Jesus, dem Christus zu tun, weswegen alle Politiker, die sich auf ihn berufen, zumindest zugeben sollten, daß dieser Mann für sie nur insofern interessant ist, als er am Kreuz hängt und seinen Mund hält.... gleichwohl auch die kath. Kirche!

Geikler Maik ® Stand 02.Januar 2018

## Deutschland ist nicht souverän

### - Und wieder wird eine Verschwörungstheorie wahr

**jb** Ist Deutschland souverän? Zum 70. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes stellt Margarita Bityutski diese Frage an den russischen Politikwissenschaftler und Mitglied des Russischen Sicherheitsrates Alexej Fenenko.

Welche Einschränkungen muss die Bundesrepublik Deutschland bis heute hinnehmen? Wie sehr wird sie von den Siegermächten kontrolliert? Gilt tatsächlich noch immer Besatzungsrecht in Deutschland? Und ist die Feindstaatenklausel in der UNO-Satzung wirklich obsolet?

Fazit:

Erst wenn die EU eingestampft wird, kann Deutschland wieder souverän werden.

Schauen Sie sich das kurze Video an. Das Interview ist auf die notwendigen Fakten reduziert und erklärt in verständlicher Form, die Lüge der BRD-Regierung.

Link zum Video.

<http://www.volldraht.de/index.php/video/category/11-politik>





# Deutschland - Die wechselnden Begrifflichkeiten ermöglichen den EU-Betrug



**JB - 100 Jahre Destabilisierung und Indoktrination**, bis zu dem Zustand, daß die heutige Generation fast jeden Bezug zum eigenen Land verloren hat und den Rattenfängern mit bunten Parolen sozialistischer Traumwelten hinterherläuft. Einer wahnsinnigen EU-Politik die auf Lug- und Betrug der Bevölkerung aufgebaut ist. Selbstverständlich steht alles geschrieben und kann recherchiert werden. Es ist nur nicht in unserem Schulbildungssystem aus vorgesehen, dazu zu Unterrichten oder es mitzuteilen, daß die Verlautbarungen der Politiker, jeweils durch Rechtskundige zu überprüfen sind die nicht im Dienste oder einer abhängigen Institution des politischen Systems stehen.

Wer heute von „Deutschland“ spricht, hat jeweils eine individuelle Vision was denn überhaupt „Deutschland“ zu sein mag. Diese Vielzahl an differenzierten Meinungen zu einem und demselben Rechtssubjekt führt unweigerlich zu Mißverständnissen. Das ist ein für die Lenkung der Massen bewußt herbeigeführter Zustand.

Wer Verstehen möchte, auf welcher Grundlage die Politiker ihr soziopathisches Handeln betreiben können, muß zwingend die korrekten Begrifflichkeiten kennen und erkennen können, welcher Zustand eigentlich gemeint ist.

**Denn Deutschland ist nicht gleich „Deutschland“.**

Die 3-teilige Artikelserie, eine Ausarbeitung von Ralf Gorlt finden Sie unter <http://www.volldraht.de/index.php/recht/64-grundgesetz/2284-deutschland-eine-frage-der-wechselnden-begrifflichkeiten-ermoeslicht-den-eu-betrug-teil-1> oder als PDF-Download. <http://www.volldraht.de/index.php/more/download/category/13-recht?download=179:ausarbeitung-der-aktuellen-rechtslage-zur-begrifflichkeit-deutschland>

# 5G - Die ersten Antennen brennen



**jb** - Das Feuer auf dem Dach eines Ravensburger Hochhauses ist am Sonntag nicht wie am Notre Dame durch „Schweißarbeiten“ ausgelöst worden. Hier handelt es sich um eine gezielte Notwehrmaßnahme gegen eine von Lobbyverbänden und abhängigen Politikern eingesetzte Technologie, die als Körperverschwendung anzusehen ist. In Brüssel verweigern Politiker die Ausweitung der Strahlenverseuchung mit Hirnfritzen, weil schon die Grenzwerte des 4G-Netzes nicht eingehalten werden konnten. In der BRD werden die Dächer mit 5G-Antennen gespickt, weil die Politiker weder Rückrat noch die charakterliche Eignung für ihren Beruf haben. Jedweder Irrsinn der Industrie und der Gesinnungsterroristen wird per Verordnungspolitik zu Lasten der Bürger durchgesetzt. Hier sei nur der ökonomische Wahnsinn des E-Autos, CO<sup>2</sup>-Steuer und die Märchen der merkelanischen Klimaziele genannt. Und jetzt erfolgt Reaktion der in Notwehr handelnden Menschen. Sie haben die Schnauze voll von Soziopathen, die ihnen das Leben schwer machen und verantwortungslos die Gesundheit und Umwelt gefährden. Der Ausbau der Städte zu ultradichten-Strahlungsgebieten ist nicht erwünscht. Das wird nicht die einzige Antenne sein, die recycelt wird.

# 5G Satelliten – Strahlenbeschuss aus dem All

**jb** - Es werden gerade 20.000 5G Satelliten in Stellung gebracht. Elon Musks SpaceX bringt diese Satelliten in die niedere Erdumlaufbahn. Damit wird 5G flächendeckend auf jedem Quadratmeter auf diesem Planeten realisiert. Die Gefahren von 5G sind nicht auf der Tagesordnung. Die hohe Sendeleistung der Satelliten ist offensichtlich.

Die Dominanz der Technokraten gleitet in den Wahnsinn ab.

Elon Musk verdient saumäßig Geld an dem Transport der 5G-Satelliten ins All. Daß die vollständige Bestrahlung unserer Umwelt mit 5G-Frequenzen Parkinson auslöst, wird billigend in Kauf genommen.

Elon Musk bietet dazu auch Körperchips an, die den Parkinson-Effekt etwas mindern sollen, sowie die Vernetzung mit den digitalen Konsumerwelten ermöglicht.

Elon Musk verdient also auch an der Körperverschwendung der Menschen und bietet die Lösung, zu dem von ihm und seinen Kollegen verursachten Problem an. Die Kasse klingelt schon wieder. Das ist noch nicht genug, jetzt kommen die unendlichen Weiten der digitalen Möglichkeiten, die alles und jeden in Daten

erfassen und senden.

Elon Musk braucht mehr Speicherplatz für seine Bytes an digitalen Geld.

Es ist eben existentiell notwendig, daß Sie „in time“ darüber informiert werden, daß Ihr Kühlschrank im Supermarkt, ne Tüte Milch geordert hat. Damit hat die Bevölkerung die Wahl, komplett zu verblöden oder nur ein bisschen blöder zu werden.

Nur starke Gemeinden können diesen Wahnsinn beenden, denn die Regierungen unterstützen diese perfide Technologie. Deren Traum einer lenkbaren Masse von Lohnsklaven über blöde machende Strahlungen, verursacht feuchte Hörschen bei den Soziopathen.

Die Frage nach dem Schutz für die Regierenden ist berechtigt. Der Großteil leidet jetzt schon an Parkinson, da fällt es nicht auf und die 5-Satelliten lassen sich ausrichten. Damit wird gewährleistet, daß nur die Reservate der Lohnsklaven bestrahlt werden. Die Konsumzombies feiern derweil die erhöhte Datenübertragung, als wäre diese lebensnotwendig.

Eine kranke Gesellschaft mit kranken Führungspersonal.

# Antifa Terrorgruppen sind bundesweit aktiv



Aufgeflogen! Ska Keller (EU-Politikerin der Grünen) ist offiziell Unterstützerin oder sogar Mitglied der Terrororganisation Antifa!

**JB** - Koordinierte Gewalt- und Störaktionen in Baden-Württemberg und bundesweit Rot, Antifa, zugehörig und für jede Drecksarbeit zu haben! Einen Erfolg der AfD bei der EU-Wahl mit Gewalt verhindern: Merkel-Jugend bundesweit aktiv

Mit einer schier ellenlangen Teleskopstange geht es in den politischen Klassenkampf: AfD-Plakate zerstören, bis zu hundert Stück in der bisherigen Wahlkampfphase, wie die Stuttgarter Nachrichten unlängst vermeldete. So sind sie, Europas neue Helden der Arbeit: Schwarze Pullis und zugehörig-

terscheiben etlicher AfD-Geschäftsstellen in ganz Deutschland machen deutlich, dass die Zeiten des Friedens und des Wohlstands längst vorbei sind. Nützliche Idioten, welche die Drecksarbeit für die profitierende Obrigkeit erledigt haben, gab es leider schon immer. Ist der Applaus das Brot des Künstlers, so ist der öffentliche Beistand jener der roten SA. Beide haben eines gemeinsam: Man kann sich nichts dafür kaufen! Dass diese Land ein Links- aber kein Rechtsproblem hat, ist nur zu offensichtlich!" Quelle: Philosophia Perennis



te Birnen, auch in der schwäbischen Landeshauptstadt ist das nicht anders. Dort, wo früher Fahrzeuge und Maschinen vom Fließband rollten, herrscht heute der gelebte Anti-Kapitalismus vor. Mittlerweile gibt es sogar ein Video, das die praktischen Handwerker bei ihrer Arbeit zeigt: Ziemlich deutlich werden darin die Vernetzung und die Koordination der Linken gezeigt, mittlerweile ist auch der Staatsschutz in der Sache involviert. Die Stuttgarter AfD will die beschädigten Plakate hingegen als Mahnmal hängenlassen. Denn irgendwie sind sie auch ein Symbol der Angst: Das Zeichen einer längst in sich zusammengefallenen Ideologie, die nur noch durch Gewalt, Aufruhr und der Unterdrückung der öffentlichen Meinung am Leben gehalten wird. Und der Dummheit der breiten Masse, wohlgemerkt. Dabei hat es schon etwas Apokalyptisches und vom Zerfall der jetzigen Gesellschaft, wenn die Schwarzkittel durch die Straßen ziehen: Antifa-Störaktionen in Fellbach bei Stuttgart oder die eingeschlagenen Fens-

Update: Der Soros-Faktenfinder sagt, dass die Antifa offiziell nicht als Terrororganisation eingestuft ist. Das mag zwar rein BRD-juristisch stimmen, aber was soll ein Verbund denn sonst sein, der mit Gewalt gegen Andersdenkende (Frank Magnitz, Uwe Junge, Oli Flesch etc) vorgeht, Autos anzündet, Private Häuser oder Wahlbüros beschädigt? Für uns bleibt es eine Terrororganisation (Meinungsfreiheit), da kann der Soros-"Fakten"finder rumheulen, wie er will. ;)

Das Bild, das sie verummmt zeigt, hat sie selbst auf Instagram (1) gepostet! Auch im EU-Parlament posierte Ska Keller bereits mit Antifa-Flagge. Bei welchen Antifa-Aktionen war sie wohl dabei? Vielleicht bei der Zerlegung von Hamburg während des G20-Gipfels? (1): <https://www.instagram.com/p/BA7Hz-CLUpT>

Zeigt es euren Gutmenschen-Freunden, die noch die Grünen unterstützen! Wollen sie wirklich die terroristischen Antifa-Parasiten ins EU-Parlament wählen?

# Bald könnte es 1,2 Millionen Menschen ohne Wohnung geben

**jb** - Immer mehr Menschen in Deutschland werden wohnungslos. Doch was heißt das? Wer ist betroffen, warum und was tut die Politik dagegen? Antworten auf die wichtigsten Fragen. Die Zahlen sind alarmierend: Hunderttausende sind in der Bundesrepublik wohnungslos, vor allem in den Großstädten schlafen Zehntausende als Obdachlose unter freiem Himmel – auch im Winter. Und

es werden immer mehr. Aber müssen Menschen im reichen Deutschland wirklich auf der Straße leben? Und welche Rolle spielen die Wohnungsnot, die Zuwanderung und die Sozialpolitik?

Weiterlesen auf Zeit-Online <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-02-obdachlosigkeit-wohnungslose-sozialpolitik-zuwanderung-wohnungsnot-deutschland-faq>



# Die Abwicklung der BRD-Verwaltung läuft – Die EU-Soziopathen sind eingekesselt



**JB [Recht]** - Es wird Licht am dichtgesprühten Himmel Europas. Das Geschäftsmodell der Klima-Manipulation läuft aus, die SPD reitet noch den Kadaver einer Partei und verschwindet, als Partei der Volksverräterpartei aus dem politischen Alltag. Ebenso wird die alptraumhafte Politik der Grünen und Linken nur noch im Sumpf der großstädtischen Subkulturen dahinvegetieren können. Allein die CDU wird sich der Zerreißprobe stellen müssen, um sich von Honeckers Racheengel trennen zu können. Die Raute des Grauens gilt als gescheitert, während ihr Zwischenspiel, die BRD zu ruinieren eindeutig als Punktsieg zu verzeichnen ist.

„Steve Bannon: «Nach der Wahl wird jeder Tag in Brüssel Stalingrad sein»“

Die Rechten rechtschaffenden Menschen Europas setzen mit der EU-Wahl ein Zeichen für den „Regime-Change“.

Der Slogan „EU-Pro ist für den Po“ setzt sich immer mehr durch. Umso verzweifelter sind die Versuche der Soros-Parasiten über die Youtuber-Szene, bunten Projekten mit den Grünen und Schulkindern gute Laune zu verbreiten. Die Konsumzombies der EU-Jünger trällern fröhlich ihre Parolen zum selbstgewählten Untergang. Je verzweifelter die EU-Soziopathen agieren, umso drolliger werden die Bemühungen die Wahlen fälschen zu können.

**Wie ist es mit Rechtssicherheit der bevorstehenden Wahlen**

Beitrag von Tilo Hoffmann

Die Verwaltung hat alle Bürger zur Kommunal-, OB- bzw. EU-Wahl aufgerufen und die Werbetrommel für rege Wahlbeteiligung gerührt.

Wie wählt man am intelligentesten? Da gibt es nicht nur zwei Möglichkeiten (eine Dritte ist auch denkbar – dazu mehr zum Schluss). Aber zum Beispiel am Tag der Wahl im Wahlbüro oder per Briefwahl. Der Wähler im Wahlbüro sieht die Stimmzettel erst am Wahltag jedoch die Briefwähler erhalten ihre Wahldokumente vorab in einem A4 Briefumschlag. Wir haben uns einmal die Wahldokumente genauer angesehen. Uns fiel gleich der Aufdruck „Amtliche Wahlunterlagen“ auf. Die

amtlichen Wahlunterlagen sind tatsächlich in Anführungsstrichen geschrieben. Was haben die Anführungsstriche zu bedeuten? Sind die Wahlunterlagen nun amtlich oder nur in „...“Anführungsstrichen amtlich. Wenn sie nur in Anführungsstrichen amtlich sind kann es sich dann wirklich um staatlich rechtsfähige Dokumente handeln?

Wir haben aber noch mehr entdeckt was uns an der Rechtssicherheit insbesondere des EU-Stimmzettels zweifeln lässt. Bei genauem Betrachten des EU-Stimmzettels fällt sofort auf, dass eine Ecke abgeschnitten ist. Das erinnert irgendwie an die Entwertung eines Kfz-Briefs bei Stilllegung eines Fahrzeugs durch die Kfz-Zulassungsstelle. Handelt es sich hier etwa um einen vorab schon entwerteten Stimmzettel?

Wir wollten mehr wissen und haben uns an die Wahlstelle telefonisch gewandt. Erst einmal wollten wir einen neuen unbeschädigten EU-Stimmzettel erhalten. Die nette Wahlhelferin am anderen Ende der Leitung sagte, das es kein Problem ist und wir in den kommenden Tagen einen neuen Stimmzettel erhalten. Danach beendeten wir das Gespräch um nur 5 Minuten später von der Wahlhelferin zurückgerufen zu werden. Sie hatte in der Wahlhelferschulung nicht genug aufgepasst und sich noch einmal bei einem anderen Helfer informiert. Nach dessen Informationen ist die abgeschnittene Ecke für Sehbehinderte. Die Sehbeeinträchtigten hätten eine Schablone zur Verfügung um das Kreuz an der entsprechenden Stelle setzen zu können.

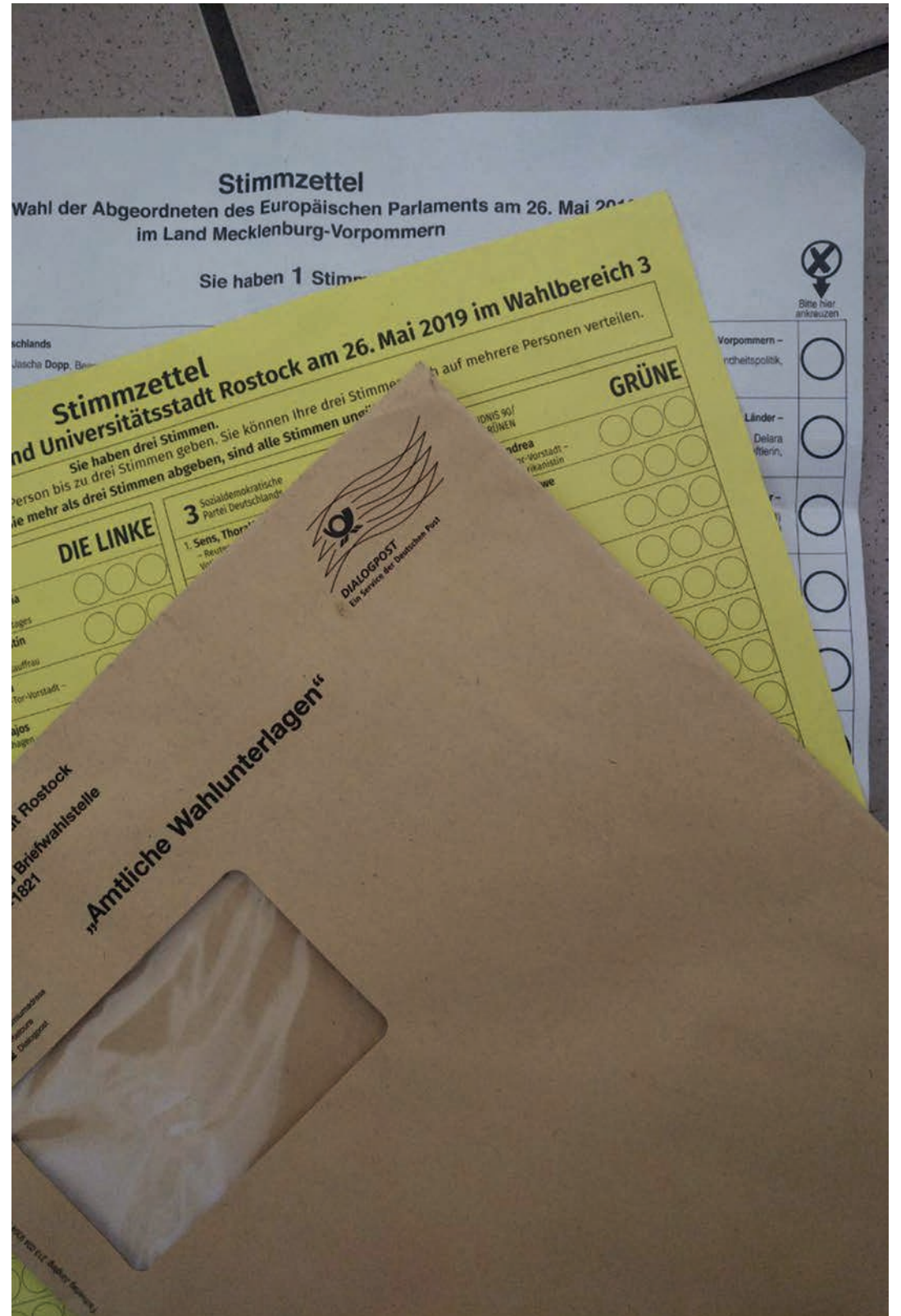
Wir sind nicht Sehbehindert und stellen uns ernsthaft die Frage ob man wirklich mit einer Sehbeeinträchtigung und dieser Schablone sein Kreuz an der richtigen Stelle machen kann. Sowas verwundert schon da die anderen Stimmzettel unbeschädigt sind. Zu dieser Technik bzw. Thematik konnte die Wahlhelferin leider keine bessere und präzisere Auskunft geben.

Es bleiben also viele wichtige Fragen unbeantwortet. Wir erhielten bei der Recherche auf Formvorschriften für Dokumente und Verträge einen Hinweis aus dem Black Law Dictionary dem englischen juristischen Wörterbuch. Die Regel heißt four corner rule und beschreibt das rechtswirksame Dokumente auf einem Blatt mit vier Ecken abgefasst sein müssen.

## Aktuelle Wahl

Interessant in diesem Zusammenhang ist vielleicht eine andere Information aus den USA. Dort wurde die EU in eine nicht Regierungsorganisation (NGO) herabgestuft. Sie ist ein Verein. Dieser Verein verfügt aber über den Zugriff auf so ungeheuer viel Geld aus den europäischen Staaten, um ihre eigenen Wahlen ausrichten zu können. Sie lassen sich selbst wählen!

Wie funktioniert das? Über Wahlbeteiligung. Man lockt Menschen durch Werbung und „amtlichen Wahlunterlagen“ in die Wahllokale um an einer privaten Wahl seine Stimme zur Legitimation des EU-Konstruktes als



überstaatliche Regierung abzugeben. Bei der letzten EU-Wahl kam man auf 48% Wahlbeteiligung und verpasste knapp die erforderliche Mehrheit von 51%. Wenn 51% der Menschen, die den EU-Staaten zuzurechnen sind durch ihre schlichte Wahlbeteiligung der EU den Auftrag zur Regierung der EU überträgt, wird dieser große Lebensraum Land- und Wirtschaftsbereich von einem Verein oder NGO regiert. Das würde einen Vollzug gleichkommen bzw. einem Selbstbedie-

nungsladen für Lobbyisten und Konzernen.

Angenommen der EU-Stimmzettels ist durch falsche Form nicht rechtswirksam bzw. rechtens, mache ich mich ggf. durch meine Unterschrift und die damit verbundene Legitimierung strafbar?

Aus dieser Rechtsunsicherheit haben wir uns entschieden dieses Mal unsere Stimme für uns zu behalten und sie nicht in einer Urne zu versenken.

Bild: Halle

## Die Terroristen der Hayek-Gesellschaft

### Ein ohnmächtiges Volk muss sich neu finden

**JB [Recht]** - Die ständig wiederkehrende Frage, warum wehrt sich das Volk der Deutschen nicht? Eine kriminelle Gesetzgebung mit opportunistischer Selbstbedienung, in der ein Rechtstillstand eingetreten ist, der zu Willkür der Politik geführt hat. Der zunehmend anwachsende Teil der Gesellschaft findet keinen Ansprechpartner in der Politik und wird durch die Nutznießer des neoliberalen Systems bekämpft. Anstatt jetzt als Volksgemeinschaft aufzutreten und entschlossen diesen Zustand zu korrigieren, sind nur kleine Gruppen und Einzelkämpfer aktiv, die wiederum durch weite Teile der Gesellschaft ignoriert bzw. nicht verstanden werden.

Dieser Zustand der Agonie, der Hilflosigkeit ist gezielt durch die Mont Pelerin Gesellschaft /Hayek forciert worden, dessen Auswirkungen jetzt zur Auflösung der deutschen Gesellschaft führen.

„Heute sind in der Mont Pelerin Society 500 Wirtschaftsexperten versammelt. Im diskreten Kampf um die Vorherrschaft des Neoliberalismus durchdringen diese Ökonomen unzählige einflussreiche Institutionen weltweit. Aus den zagen Abwehrkämpfern gegen die Planwirtschaft ist heute eine angriffslustige Truppe geworden, die die Früchte ihrer zähen Generationen übergreifenden Wühlarbeit genießen



kann. Und sie hat im Vollzug von Walter Lippmanns Agenda „nichts Geringeres vor als die Umstellung der Menschheit auf eine neue Lebensweise.“ Beobachter des Neoli-

beralismus stellen fest, dass unter dieser Heilslehre sehr unterschiedliche Positionen versammelt sind. Ist das nun eine Schwäche oder ein Stärke des Neoliberalismus? Die einen sagen, der Neoliberalismus wird an seiner Inkonsistenz zu Grunde gehen. Die anderen sagen, alle Neoliberalen folgen ein und derselben Agenda, und haben sich nur aus taktischen Gründen verschieden aufgestellt, nach dem Motto: getrennt marschieren, vereint schlagen.“

Quelle: KenFM/Die Mont Pelerin Gesellschaft – Geheime Loge der Marktradikalen und Neoliberalen Auszug aus dem Buch „Die Macher hinter den Kulissen – Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern“ von Hermann Ploppa.

Rainer Mausfeld zu den „Gelbwesten“, Neoliberalismus, Migration und Elitendemokratie

<https://youtu.be/k9ibTFFB4tw>

In dem insgesamt sehr informativen Beitrag, möchte ich auf den Inhalt zwischen 32:00 min bis 43:06 min hinweisen. Ergänzend ist das Video aus Die Anstalt - Mont Pelerin Society

<https://youtu.be/vzUNwWpk6CE>

Bild: Screenshot



# „Gelber Schein“ ja oder nein?

## - Objekt endloser kontroverser Diskussionen: Der Staatsangehörigkeitsausweis oder sog. „Gelbe Schein“

**Bismarcks Erben** - Die kontroversen Diskussionen um den Staatsangehörigkeitsausweis, den sogenannten Gelben Schein, reißen nicht ab. Obwohl die Organisation Bismarcks Erben sich vorrangig an all diejenigen wendet, die die Desinformationen, Verleumdungen und auch bewußt angebrachten Lügen, die in dieser Diskussion zum Einsatz gebracht werden, bereits durchdrungen haben, wollen wir heute allen Wahrheitssuchenden eine faktenbasierte Entscheidungshilfe liefern, damit ein jeder sich die Frage: „Gelber Schein“ ja oder nein? selbst beantworten kann. Damit verbindet sich der innigliche Wunsch, daß die endlosen Diskussionen nun enden, weil sie einzig und allein dem Zweck „Deutsche gegen Deutsche aufhetzen und sie spalten.“ dienen.

Das Thema ist komplex und daher haben wir es wie folgt gegliedert:

- 1) Nazi-Schein, wertloser Schein oder Erbschein?
- 2) Historische Betrachtung der Staatsangehörigkeit in deutschen Ländern.
- 3) Die heutige Rechtslage.
- 4) Zwei Versionen des gelben Scheins?
- 5) Was die Verwaltung bescheinigt.
- 6) Wirkung des Staatsangehörigkeitsausweises gemäß RuStAG.
- 7) Braucht man den Gelben Schein?
- 8) Warum man den Feststellungsantrag gemäß RuStAG dennoch stellen sollte.
- 9) Welchen Vorteil bringt mir der Gelbe Schein?
- 10) Weiterführende Informationen zum gelben Schein.

1) Nazi-Schein, wertloser Schein oder Erbschein?

Wer die Diskussion um den Staatsangehörigkeitsausweis intensiv verfolgt, sei es auf Stammtischen, in Foren, Kommentaren oder sozialen Medien, der wird leicht drei Positionen ausmachen können:

Die erste Gruppe argumentiert, mit dem gelben Schein würde die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß dem geltenden Staatsangehörigkeitsgesetz (StaG) ausgewiesen. Und da das StaG auf Grundlage, der von Adolf Hitler 1934 erlassenen Verordnung zur deutschen Staatsangehörigkeit basiert, handele es sich beim Gelben Schein folglich um die Bescheinigung der Zugehörigkeit zum nationalsozialistischen Deutschland, dessen Staatsangehörigkeit „deutsch“ lautet.

Die zweite Gruppe argumentiert: Da es sich bei Bund und Ländern lediglich um die Verwaltung des handlungsunfähigen Gesamtstaates handelt (Art 133 Grundgesetz), sei die Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises durch die Behörden der Verwaltung rechtlich nicht möglich. Die Verwaltung könne keinem Deutschen dessen originäre Staatsangehörigkeit bescheinigen.

Die dritte Gruppe hält mit dem Argument dagegen, daß man sich mit dem Feststellungsantrag zum Staatsangehörigkeitsausweis gegenüber der Verwaltung als Erbe des Völkerrechtsobjektes legitimiert und daß der Gelbe Schein daher für Deutsche als Erbschein unverzichtbar sei.

Die Erklärung, warum diese kontroverse Diskussion ewig andauert und zu keinem abschließenden Ergebnis führen kann: Alle drei Positionen sind richtig. Wie kann das möglich sein?

Das ist ganz einfach: Mit Artikel 278 des Versailler Vertrages von 1919 (siehe Bild links) wurde ein regelrechtes Verwirrspiel um die Staatsangehörigkeit der Deutschen eingeleitet. Dieses Verwirrspiel intensivierte zunächst Reichskanzler Adolf Hitler mit seiner Verordnung zur Staatsangehörigkeit von 1934, was übrigens als ein weiterer Beleg dafür gewertet werden kann, daß Hitler eben nicht der deutsche Heilsbringer war, wie ihn gewisse Kreise bis heute gerne darstellen möchten. Weiter intensiviert wurde die Verwirrung durch die Bundesrepublik Deutschland, die als alliierter Besatzungskonstrukt und Rechtsnachfolger des nationalsozialistischen Dritten Reiches den Auftrag hatte, die Deutschen zu verwalten. Vollends entleerte dann die Regierung Schröder im Jahr 2000 die Begriffe des Deutschen sowie der deutschen Staatsangehörigkeit.

„Deutscher ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“ heißt es seit dem 1. Januar 2000 – mit der Folge, daß jeder



dahergelaufene Weltenbummler sich heute „Deutscher“ nennen kann.

Um diese Verwirrung zu entflechten, bedarf es zunächst einer Reise in die deutschen Geschichte. Wohlan...

2) Historische Betrachtung zur Staatsangehörigkeit in deutschen Ländern.

Bis 1806 bestand das erste Deutsche Reich, das Heilige Römische Reich deutscher Nationen. Dies war ein Bund von vielen Ländern, die allesamt ihrer Souveränität dahingehend entledigt waren, als sie ihre Legitimation allein vom Kaiser verliehen bekamen. Da Leibeigenschaft keine Ausnahme, sondern die Regel war, existierte eine Staatsangehörigkeit dahingehend, als die leibeigene Untertanenschaft eines Landes als das Eigentum des herrschenden Fürsten betrachtet werden kann. Dazu kam, daß der Untertan eines deutschen Landes in allen übrigen deutschen Ländern als Ausländer behandelt wurde. Eine Gleichstellung aller deutschen Menschen gab es im ersten deutschen Reich nicht.

1806 wurde der Bund des ersten deutschen Reiches von Napoleon zerschlagen. Per Reichsdeputationshauptschluss wurden zudem viele kleine Fürstentümer „mediatisiert“, d.h. sie wurden aufgelöst, ihre Fürsten entschädigt und deren Territorien anderen Ländern zugeschlagen. Fortan gab es 37 souveräne deutsche Staaten, die nicht mehr durch einen Bund zusammengehalten, sondern zumeist unter der Herrschaft des selbsternannten Kaisers Napoleon standen, zum Teil freiwillig (z.Bsp Rheinbund), zum Teil widerwillig (z.Bsp Preußen). Auch hier wurde der Untertan eines deutschen Landes in allen anderen übrigen deutschen Ländern als Ausländer behandelt. Eine Gleichstellung aller deutschen Menschen gab es auch in diesem „Deutschland“, das strenggenommen nicht existierte, nicht.

1815 wurde, nachdem die Herrschaft Napoleons mittels Befreiungskriege beendet war, der Deutsche Bund gegründet, ein Staatenbund all jener deutschen Länder, wie sie auf dem Wiener Kongreß völkerrechtlich festgelegt wurden. Die Leibeigenschaft war mittlerweile in allen deutschen Staaten beseitigt, aber auch im Deutschen Bund ab 1815 wurde der Untertan eines deutschen Landes in allen anderen übrigen deutschen Ländern als Ausländer behandelt. Eine Gleichstellung aller deutschen Menschen gab es auch im Deutschen Bund nicht. Der Deutsche Bund wurde 1848 aufgelöst, dann jedoch nach Scheitern der Nationalversammlung (Paulskirchenversammlung) 1851 wieder reaktiviert.

1866 wurde dieser Deutsche Bund durch den preußisch-österreichischen Krieg beendet. Österreich schied aus dem Bunde aus, erkannte dessen Auflösung an und verzichtete im Prager Frieden auf jede Einmischung in die künftigen staatlichen Verhältnisse Deutschlands. Der Weg zur Einheit war nun frei, worauf

1867 der Norddeutsche Bund gegründet wurde. Während Bayern, Württemberg, Baden und Südhessen zunächst noch souverän jeder für sich blieben, wurden die Verhältnisse der übrigen deutschen Staaten

unter Mitwirkung einer konstituierenden Versammlung von Volksvertretern in der Verfassung des Norddeutschen Bundes geregelt. Da dessen rechtlicher Charakter, der eines souveränen Bundesstaat sein sollte, war es erforderlich, die rechtliche Stellung der Staatsangehörigen der Mitgliedsstaaten des Norddeutschen Bundes einheitlich zu regeln. Dies geschah mittels der »Bundesangehörigkeit«. Per Gesetz über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 wurde nun erstmalig in der deutschen Geschichte dem Angehörigen eines deutschen Staates in jedem anderen Mitgliedsstaat die gleichen Rechte zugestanden. Oder anders ausgedrückt: Jedem Staatsangehörigen eines Mitgliedsstaates des Norddeutschen Bundes wurde im gesamten Gebiet des Norddeutschen Bundes die Rechte eines Inländers zugestanden. Dazu wurde das Bundes- und Staatsangehörigkeitsgesetz (BuStag) vom 1. Juni 1870 verabschiedet, das da gesetzlich festlegte: „§ 1. Die Bundesangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust“.

Mit der Bundesangehörigkeit führte der Norddeutsche Bund erstmalig die rechtliche Gleichstellung aller deutschen Menschen ein.

1871 traten dann auch die vier verbliebenen deutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Südhessen dem Norddeutschen Bund bei. Dieser Bund erstreckte sich nun über alle deutschen Staaten und folgerichtig wurde die Verfassung des Norddeutschen Bundes zur Verfassung des Deutschen Reiches. Alle bestehenden Gesetze des Norddeutschen Bundes wurden per „Gesetz über die Verfassung des Deutschen Reiches“ übernommen und zu Reichsgesetzen erklärt. Entsprechend des Artikel 3 der Reichsverfassung, der besagt, daß für ganz Deutschland ein gemeinsames Indigenat besteht, mit der Wirkung, daß der Staatsangehörige eines Gliedstaates des Deutschen Reiches in jedem anderen Gliedstaat als Inländer zu behandeln ist, galten nun auch das BuStag und das Freizügigkeitsgesetz in allen deutschen Staaten. Ein Bayer war in Preußen den Staatsangehörigen Preußens gleichgestellt, sowie ein Hamburger in Sachsen den Staatsangehörigen des Königreich Sachsen gleichgestellt war.

1913 wurde vom Reich das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913 verabschiedet. Die Änderung des BuStag wurde erforderlich, weil die Verwaltung des Deutschen Reiches sich mittlerweile nicht mehr nur auf deutsche Länder beschränkte, sondern mittels Verträge auf die deutschen Schutzgebiete (Kolonien) ausgeweitet wurde. Dieser Umstand machte es erforderlich, zwischen den Menschen in den deutschen Ländern und den Menschen in den außerdeutschen Schutzgebieten zu unterscheiden. Entsprechend heißt es im

RuStAG vom 22. Juli 1913:

„§ 1. Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 33 bis 35) besitzt.“

Die Einführung einer unmittelbaren Reichsangehörigkeit wurde für das Deutsche Reich notwendig, um die Menschen in den außerdeutschen Schutzgebieten verwalten zu können. Entsprechend wurden ihre Rechte eingeschränkt, denn „unmittelbar“ bedeutet u.a., daß kein Wahlrecht zu den Reichstagswahlen besteht. Im Umkehrschluß bedeutet dies, daß die vollen Rechte eines Deutschen einzig und allein aus dessen Staatsangehörigkeit in einem Gliedstaat des Deutschen Reiches begründet sind. Mit dem RuStAG vom 22. Juli 1913 wurde aus der Bundesangehörigkeit die Rechtsstellung als Deutscher, die sich in Bundesstaatenangehörige mit vollen Rechten und Reichsangehörige mit beschränkten Rechten aufteilt.

1934 dann beseitigte Reichskanzler Adolf Hitler per Verordnung die Staatsangehörigkeit in den Ländern, Sodas es fortan hieß „§ 1. Deutscher ist, (...) wer die (...) unmittelbare Reichsangehörigkeit (...) besitzt.“ Damit gliederte er die Deutschen aus dem Bund aus und ordnete sie den Kolonien des Deutschen Reiches zu. Diese Kolonien wurden jedoch 1919 mit dem Versailler Vertrag dem Deutschen Reich entzogen, sodaß die meisten Deutschen dank Hitler's Verordnung fortan den entrechteten Status von Kolonieangehörigen besaßen und in der Folge bis heute als staatenlose Ausländer behandelt werden. Die Staatsangehörigkeit der hiervon Betroffenen lautet „deutsch“. Es handelt sich hier um die so verworrene „deutsche Staatsangehörigkeit“, die vom Rechtsnachfolger des dritten Reiches, der Bundesrepublik Deutschland beibehalten wurde. So hieß es im

RuStAG vom 1. Jan. 1988 „§ 1. Deutscher ist, (...) wer die (...) unmittelbare Reichsangehörigkeit (...) besitzt.“

Die Verwirrung sowohl wie die Entrechtung wurden am 1. Januar 2000 mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz zementiert. Darin heißt es seitdem:

Staatsangehörigkeitsgesetz (StaG) „§ 1. Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt“.

Fortsetzung auf Seite 8



### IMPRESSUM

VOLLDRAHT ist eine neue Form der deutschen Presse. Verantwortlich zeichnet sich der Verein

**Volldraht e.V.**  
Jörn Baumann  
Brudersdorf 58  
17159 Dargun  
0176-49430281  
039959-279531  
info@volldraht.de  
www.volldraht.de

Spenden an:  
VOLLDRAHT e.V.  
IBAN DE2743060  
9677042602300

Hauptredaktion:  
redaktion@volldraht.de

VOLLDRAHT® ist eine eingetragene Wortmarke



## POST VON MÜLLER



HJM -  
Niemand kann den aktuell  
erreichten Stand der Zerstö-  
rung unserer Gesellschaft aus-  
klammern, die Gesellschaft ist:  
In kleinste Teile dividiert.  
Die Propaganda, „Du bist  
anders“ inklusiv Genderidiotie  
hat zum haltlosen Individuum

geführt.

- Keine Familie mehr intakt,
- in kleinste staatliche Einheiten zerschlagen,

Heimat findet in den Resten der Deutschen nur noch außerhalb der großen Städte statt und in der importierten islamischen Gesellschaft innerhalb der Großstädte in Clans. Trotzdem finden die Deutschen immer einen Ausweg, sie gehen zurück zur Natur, finden im Schrebergarten, Datschen und Besuchen bei Gleichgesinnten Hilfe zur Selbsthilfe, auch auf Demonstrationen der Kernopposition einen der auch „Wärme“ sucht.

Dazu kommt der religiöse Unterschied, die Bevorzugung des Islam (läßt den Vatikan wieder an die staatliche Macht) fördert die Antijuden-Propaganda einiger islamischer Gruppen, je disziplinierter die „Gemeinde“ gehalten wird, desto stärker das Anti jüdische.

Das sind unvermeidbare Begleiterscheinungen der zielgerichteten Umformung der Menschen „die gerade mal hier sind“ zu einer orientierungslosen Horde.

Planlos, gedankenlos und aufgepumpt mit Haß (bevorzugt in der Schulgeneration und den Profiteuren), in den durch radikallinke Manipulation der unfertigen Gehirne geschaffenen „jeder der anders denkt ist der Feind“ Gesellschaft.

Dazu die Auflösung aller Hemmungen in der „Benachteiligung“-Propaganda für Muslime und für Schwarze, in der Realität nicht existent.

Benachteiligt sollen auch Genderkonstrukte sein, das obwohl offensichtlich alle führenden Politiker Genderkonstrukte sind.

Diese grobe Skizzierung ist zu ergänzen mit totaler Fehlinformation über die Zustände im Land und in der Welt, zentral geleitete Hirnmanipulation des fauleren Teiles der Gesellschaft.

Denken ist zwar erlaubt, aber wer sucht schon Informationen, wenn er täglich überinformiert wird, mit Scheiße aus der GEZ.

Die Otto und Lieschen glaubt, weil die Leute ja „studiert“ haben und selbst sagen das sie die Guten sind und weil es schon immer so war. Wie gesagt, faul, orientierungslos und im Hamsterrad. Das der Rennende nicht einmal begreift. Merkt er irgendwas, so beschäftigt ihn sofort die Bürokratie, selbst wenn er arbeitslos ist.

Die in Großstädten erreichte Verblödung der Jugend ist allerdings einzigartig im Lande „deutsch“ das gibt es nirgendwo sonst.

Pisa Studie ist ein Richtungsschild. Jugend kämpfte immer für eine „bessere Welt“ heute sagt die Regierung (+Medien) , wie die „bessere Welt“ aussehen soll und wer dieser „besseren Welt“ im Wege steht.

Es entstanden sogar zwei Gruppen der Jugend, die FDJ und die Mehrheit „lass mich in Ruh“.

Schizophren.

Die meisten der Aufmüpfigen unter den noch „gesunden“ Menschen suchen verzweifelt nach Hilfe und nach Halt, sie haben bereits begriffen, das Land „deutsch“ am Ende ist und wissen nicht, wie Reparatur erfolgen kann.

Die Reparatur ist relativ einfach, sie ist eine Frage der Macht und wie weit der globale Prädiktor und die souveränen Staatsführer uns gehenlassen wollen.

Im Lande „deutsch“ gibt es genügend intelligente Menschen, eins gibt es nicht, den „Führer“ der uns, aus dem Tunnel der Kabale, ins Licht bringen kann.

Deutsche sind halt so.

Einwanderer sind kein gesellschaftlich wirksames Konstrukt, sie kommen aus dutzenden Staaten mit diversen Kulturen, sie suchen auch den Clan, der allerdings nicht zur Front werden kann.

Die Einwanderung zu kunterbunt und untereinander noch mehr spinnefeind. Die Rettung kommt also unter jeder möglichen Variante immer aus dem deutschen Volk

So lange es uns noch als kulturelle Mehrheit gibt.

Eurer HJM

Die Redaktion distanziert sich von den Meinungen, Ansichten und dem Inhalt des Kolumnisten. Wir drucken es trotzdem!

## Chebli will auswandern - Deutschland im Jubel

jb -

Hier sollte eigentlich der Text zu Rolex-Chebli stehen. Aber wie wir es auch schreiben wollten, es ist einfach zu unwichtig.

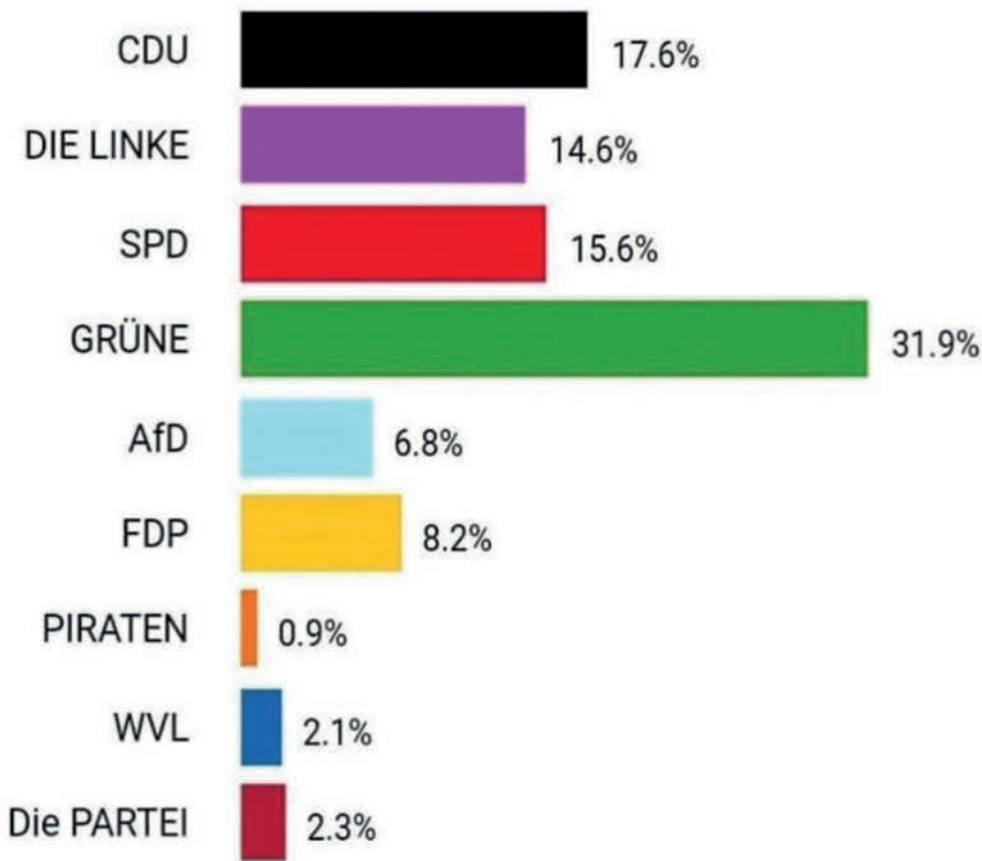
## CO2 macht die Welt grün Das kapieren die Grünen nicht



# WAHLEN

Und da soll noch einer sagen, das die BRD-Regierung keinen Humor hat.

### Ergebnisse 2019: Zentrum-Nordwest



Wahlbeteiligung: 104.3%  
Wahlbezirke (gemeldete/alle): 4/10



# Die schockierende Wahrheit über Bananen – Don’t eat bananas – because they are dangerous!

**Netzfrauen [Gesundheit]-**  
Millionen Tonnen Bananen werden weltweit über die Weltmeere transportiert. Bis zu 40 Prozent der Bananen werden von den Landwirten weggeworfen, weil sie nicht den Normen entsprechen. Supermärkte setzen Maßstäbe. Grundsätzlich sind die Bananen zu gebogen, zu gerade, zu lang, zu kurz, zu dick oder zu dünn. Es ist eine Schande, denn auf der anderen Seite werden Menschen für kargen Lohn und unter unmenschlichen Bedingungen ausgebeutet, die Umwelt wird vernichtet und vieles mehr. Der größte Bananenexporteur der Welt ist Ecuador. War Ihnen bekannt, dass Bananen aus Ecuador mit hochgiftigen Pestiziden besprüht werden? Viele Pestizide, die auf Bananenplantagen gesprüht werden, sind in der EU verboten, und trotzdem landen sie in den Regalen. Dort, wo die Bananen angebaut werden, werden viele Kinder mit Geburtsfehlern geboren. Das Gift der Bananen kommt vom Himmel. Und dort, wo gesprüht wird, leben Menschen. Nur wenigen Menschen ist bewusst, dass sich ein unsichtbares Band der Zerstörung von den europäischen Supermärkten bis in die Wälder Südamerikas zieht. Wir hatten Ihnen schon anhand der Ananas erläutert, dass Tausende Hektar kostbare Wälder zerstört



wurden, um den multinationalen Ananasfarmen Platz zu machen. Genauso ist es auch bei den Bananen. Hier in den Supermärkten werden die Bananen zum Knallerpreis angeboten und dort, wo sie produziert werden, zahlen die Menschen den wahren Preis, mit ihrer Gesundheit.  
Die schockierende Wahrheit über Bananen aus dem Supermarkt  
Bananen sind nach Reis, Weizen und Milch das viertgrößte landwirtschaftliche Handelsprodukt weltweit und die wichtigste Frucht überhaupt. Für die Staaten der Europäischen Union sind Bananen ein bedeutender Importarti-

kel. Ecuador, Peru und Kolumbien sind nach wie vor die wichtigsten Produktionsländer. Doch auf Grund der niedrigen Preise, die Supermärkte und Discounter in Deutschland bereit sind zu zahlen, kommt es immer wieder in den Ländern zum Protest. Die anfallenden Kosten werden nicht einmal gedeckt. Wir hatten bereits berichtet, dass alles verkorkst ist: Die Bananen verschwinden wegen eines Virus. In Spanien bleiben die Bananen liegen, weil die EU sie preiswerter importiert. In Lateinamerika landen Tonnen Bananen auf dem Müll, weil die Preise zu niedrig sind, und Australien baut jetzt genmanipulierte Bananen an, weil die Banane verschwindet. Brasilien hat bereits das Interesse am Export von Bananen verloren und verkauft sie lieber im Land selbst. So bleiben sie vom Druck aus Europa verschont. Und Aldi Deutschland erhielt sogar einen offenen Brief vom ecuadorianischen Bananensektor!  
<https://netzfrauen.org/2019/05/16/bananas-2/#more-63763>

# Mikroplastik reist auch durch die Luft

**Spektrum** - Selbst in entlegenen Bergregionen regnen winzige Kunststoffteile vom Himmel. Zu diesem wenig überraschenden Ergebnis kommt eine Studie aus Frankreich.  
Auch Wind und Regen tragen inzwischen winzig kleine Plastikteilchen mit sich, und das selbst weitab von größeren Städten. Von dieser beunruhigenden, wenngleich nicht völlig unerwarteten Entdeckung berichtet jetzt eine Arbeitsgruppe um Deonie und Steve Allen vom EcoLab (Laboratoire Ecologie Fonctionnelle et Environnement) in Castanet-Tolosan. Das Team hatte von November 2017 bis März 2018 in einer abgelegenen Bergregion in den französischen Pyrenäen Staub- und Niederschlagsproben aufgefangen. Bei der Analyse erwies sich, dass selbst in dem schwach besiedelten und touristisch wenig erschlossenen Gebiet im Durchschnitt jeden Tag 365 Mikrometergroße Plastikteilchen pro Quadratmeter niedergehen. Der Vergleich mit entsprechenden Experimenten in den Millionenstädten Paris und Dongguan zeige, dass die Menge trotz der Ablegenheit der Region ungefähr vergleichbar sei, schreiben Allen und Allen in »Nature Geoscience«.  
<https://www.spektrum.de/news/mikroplastik-reist-auch-durch-die-luft/1639362>



# Organhandel per Gesetz - Demnächst auf der Autobahn ausgeweidet



**JB [Gesundheit]** - Um den weltweit steigenden Bedarf an menschlichen Ersatzteilen zu befriedigen, hat sich der Gesundheitsminister Spahn ein feines Entscheidungsverfahren ausgedacht. Wo bisher die explizite Zustimmung vorliegen musste, damit beim noch lebenden Menschen die Organe entnommen werden können, hat der Pharmedebatist Spahn jetzt eine geniale Idee. Muss er auch, denn der Posten ist eh nur der Schleudersitz für eine zukünftige Anstellung in der Pharmaindustrie. Jeder neue Minister hat nur eine Aufgabe, die nächste wahnwitzige Pharma-Lobby-Vorgaben umzusetzen und wenn er verbrannt ist, schwups, Absicherung in der Industrie und der „nächste Bitte“ Zurück zum Rendite-treiber, Gesundheitsminister Jens Spahn, der Lobbylummel hat sich die Widerspruchslösung ausgedacht bzw. zur Umsetzung angewiesen bekommen. „Nur so kann die Organspende zum Normalfall werden“, sagte der CDU-Politiker der „Bild“-Zeitung. Selbstverständlich wird das Vorhaben von der Rute des Grauens unterstützt. Es geht schließlich um Arbeitsplätze. Widerspruchslösung bedeutet, dass jeder automatisch als Organspender gilt. Jetzt wird auch die Einwanderungspolitik plausibel, woher sollen die armen importierten Ersatzteillager wissen das Sie „Nein“ sagen müssen, wenn sie jemand fragt ob sie gesund sind. Für den indigenen Deutschen bedeutet das aber auch, sobald ein Rettungssanitäter im Krankenwagen das Skalpell zückt, sofort erschießen denn die haben die aktuellen Listen für die dringenden Bestellungen. Vermeiden Sie also Unfälle auf der Autobahn, wenn Sie in der Klinik ankommen sind sie bereits ausgeweidet. Denn der Sunnyboy der Pharmaindustrie ist ein plietsches Kerlchen, er lernt schnell. Mit der EU-Rechtssprechung ist das Töten von „Aufständischen“ (Gruß an Pro Chemnitz) endlich legitim geworden und dadurch kann die peinliche Diskrepanz zwischen freiwilligen Spendern und der Höhe von Transplantationen verhindert werden. In China wurden mit 130 freiwilligen Organspendern ca. 120.000 Transplantationen durchgeführt und die Zahl der vermissten Menschen stieg rapide an, ein Schelm wer dabei an die Mafia denkt.  
Zitat von Karl Albrecht Schachtschneider: „Die Grundrechtcharta ermöglicht ausdrücklich in den aufgenomme-

nen „Erläuterungen“ und deren „Negativdefinitionen“ zu den Grundrechten, entgegen der durch das Menschenwürdeprinzip gebotenen Abschaffung der Todesstrafe in Deutschland (Art. 102 GG), Österreich und anderswo, die Wiedereinführung der Todesstrafe im Kriegsfall oder bei unmittelbar drohender Kriegsgefahr, aber auch die Tötung von Menschen, um einen Aufstand oder einen Aufruhr niederzuschlagen.“  
Vertrauen Sie der Regierung, wir wollen nur Ihr Bestes.  
*Anmerkung der Redaktion: Wir unterstützen das Vorhaben von Gesundheitsminister Jens Spahn zu 100% und fordern zur zeitnahen Spende der Staatsorgane auf.*  
Das Widerspruchsregister ist ein Beherrschungsinstrument. Niemand hat das Recht aus egal welcher Überlegung heraus, zu bestimmen ob jemand seine Organe unter bestimmten Bedingungen zur Verfügung stellt. Das drückt man nur Sklaven auf. Grundsätzlich gilt, keine Spende, außer es ist eine Einwilligung vorhanden. Punkt. Wird das nicht beachtet, wird über Ausnahmeregelungen entsprechend den Lobbyvorgaben, ein Geschäftsmodell daraus entwickelt, das immer in Willkür endet. Und wir sind schon mitten drin. Heribert Eilert  
„Investoren haben Milliardenbeträge aus der Schwerindustrie abgezogen, um die Traumrenditen in der Sozialindustrie wie Krankenhäuser, Altenheimen und mobilen Diensten zu erwirtschaften. Milliarden wurden in den Aufbau von Krankenhäusern und den Bau von Altenheimen aufgewendet, um Renditen von 15-20 % abzugreifen. Um solche Traumrenditen zu erwirtschaften, dürfen die Investoren weder an die Lebensqualität der Patienten, Alten oder Mitarbeiter denken! Wichtig ist die Rendite! Jede Erhöhung von Pflegesätzen, und damit eine Verteuerung der Pflegeversicherungsbeiträge, führt nicht zu einer Verbesserung der Versorgung oder zu einem höheren Stundenlohn für die hart arbeitenden Pfleger, sondern wird nur die Gewinne der Investoren steigern. Pflege, Gesundheitsvorsorge, Energiewirtschaft und vieles andere mehr hätten nie in private Hände gegeben werden dürfen! Ein nächster Schritt wird nun sein, mit der geplanten Widerspruchslösung das lukrative Transplantationsgeschäft weiter auszubauen“

# VOLLDRAHT-Selbstverständnis

**VOLLDRAHT** ist eine gedruckte Zeitung und eine digitale Webplattform von Bürgern für Bürger. Diese einzigartige Kombination wird durch Bürgerjournalisten, den einzig wahren, weil unbezahlten Reportern des wahren Lebens, mit Inhalt gefüllt. Wir wollen Bürgerjournalismus zu dem entscheidenden Wahrheits- und Wissens-element der neuen deutschen Medien machen.  
**VOLLDRAHT** ist keine, einem Parteiprogramm folgende Zeitung, sondern muß als Sammlung verschiedenster Meinungen und Anschauungen verstanden werden. Nutzen Sie die Quellenangaben für die Information zu weiteren freien Medien. Das beinhaltet, daß die Herausgeber und Macher dieser Medien-Plattform nicht unbedingt der Meinung sind, die der jeweilige Autor eines jeweiligen Themas vertritt.  
**VOLLDRAHT** ist Pranger und Forum zugleich. An den Pranger sollen alle Mißstände gestellt werden, die in der politischen Auseinandersetzung mit dem Alltag zutage treten. Auf der Stufe des Forums stehend soll - nach Vorbild des altrömischen (Forum), altgriechischen (Agora) und germanischen (Thing) Demokratiegedankens - jeder das Wort haben, der meint, daß er etwas zu sagen habe, um seine Gedanken formulieren und zur Diskussion stellen zu können.  
**VOLLDRAHT** ist ein gigantisches Projekt Die Auseinandersetzung mit dem geschriebenen Wort ermöglicht die Kommunikation zwischen Aktiven und Nicht-Aktiven, in einer Zeit von nicht selten irreführenden Berufsjournalisten, die gezielt gegen diesen Informationsaustausch arbeiten. Meinungsfreiheit ist ein großes Wort, aber VOLLDRAHT ist gelebte Meinungsfreiheit!  
**VOLLDRAHT** braucht Ihre Unterstützung! Beteiligen Sie sich in lokalen Redaktionen, bildet sie, wo sie noch nicht vorhanden sind. Nutzt VOLLDRAHT für eure regionalen Nachrichten. Ihr Beitrag schafft die Reichweite jeder Ausgabe - VOLLDRAHT ist Ihre Zeitung, machen Sie es zu Ihrem Sprachrohr!



# „Gelber Schein“ ja oder nein?

## Fortsetzung von Seite 5

3) Die heutige Rechtslage.

Maßgebliche Rechtsnorm für die bundesrepublikanische Verwaltung soll das Grundgesetz sein. Entsprechend findet man dort folgendes zur Begrifflichkeit des Deutschen:

Artikel 116 Absatz 1 Grundgesetz „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt...“

Der Passus „vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung“ läßt darauf schließen, daß es neben dem aktuellen Staatsangehörigkeitsgesetz StAG noch weitere Gesetze geben muß, aus denen sich der Begriff des Deutschen ableiten läßt. Und tatsächlich heißt es in Artikel 50 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) „Die Vorschriften der Reichsgesetze bleiben in Kraft.“ Das Grundgesetz enthält an dieser Stelle also eine Weiche, die man lesen können, muß. Zur Veranschaulichung ergänzen wir entsprechend Artikel 116 Absatz 1 Grundgesetz: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich der gesetzlichen Regelung des RuStAG, wer die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß StAG besitzt...“

Vorbehaltlich bedeutet hier im übrigen, daß das Reichsgesetz des RuStAG Vorrang besitzt. Nun betrachtet die Verwaltung aber jeden, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt nach dem für sie geltenden Staatsangehörigkeitsgesetz StAG, sprich als Kolonieangehörigen und staatenlosen Ausländer, und entsprechend heißt es in der

Ausländergesetz-Verwaltungsvorschrift 1.2.3.1 „Bestehen Zweifel, ob jemand Deutscher ist, obliegt die Klärung der Staatsangehörigkeitsbehörde. Bis zur Klärung ist er als Ausländer zu behandeln. Beruft sich ein Ausländer darauf, Deutscher zu sein, hat er dies gemäß § 70 Abs. 1 nachzuweisen (z.B. durch Staatsangehörigkeitsurkunde).“

Hier treffen wir erstmalig auf den Begriff, mit dem sich dieser Artikel beschäftigt: Die Staatsangehörigkeitsurkunde. Gemäß der Ausländergesetz-Verwaltungsvorschrift ist dies eine Möglichkeit nachzuweisen, daß man Deutscher ist. Der Nachweis ist insbesondere erforderlich, um gewisse Rechtsfolgen geltend zu machen. So heißt bei Wikipedia zum Staatsangehörigkeitsausweis: „Der Staatsangehörigkeitsausweis kann grundsätzlich dann verlangt werden, wenn entsprechende Rechtsfolgen von Gesetzes wegen an die deutsche Staatsangehörigkeit einer Person geknüpft sind, diese also nur eintreten, wenn die Person nachweislich deutscher Staatsangehöriger ist.“ Diese Rechtsfolgen können zum Beispiel im Rahmen einer beabsichtigten Eheschließung eines deutschen Mannes mit einer französischen Staatsangehörigen auftreten. Da bei einer Eheschließung die Frau die Staatsangehörigkeit des Mannes annimmt, verlangt die Republik Frankreich in diesem Fall die Vorlage des Staatsangehörigkeitsausweises, denn der französische Staat will sicherstellen, daß seine Staatsangehörige durch die Eheschließung nicht staatenlos, also „deutsch“ wird.

Eine weitere Rechtsfolge kann in der Geltendmachung völkerrechtlich verbrieft Rechte für die Bewohner durch Krieg besetzter Gebiete bestehen, wir haben dies in unserem Artikel „Das Reichsgebiet im Grundgesetz“ hinsichtlich der dramatischen Wirkung des Artikel 25 Grundgesetz dargelegt.

4) Zwei Versionen des gelben Scheins?

Wie wir oben gesehen haben, enthält das Grundgesetz hinsichtlich des Begriffes des Deutschen eine Unterscheidung zwischen Deutsche gemäß RuStAG (= Staatsangehörige in einem Bundesstaat des Deutschen Reiches) und Deutsche gemäß StAG (= unmittelbare Reichsangehörige, Kolonieangehörige). Entsprechend gibt es tatsächlich zwei Versionen des Staatsangehörigkeitsausweises.

Mit der ersten Version gemäß StAG, also basierend auf der Verordnung Adolf Hitlers von 1934, weist man seine Abstammung von Deutschen bis 1934 nach. Man weist nach, daß man staatenloser Kolonieangehöriger und ein Nazi ist. Mit der zweiten Version gemäß RuStAG, also basierend auf dem gültigen Reichsgesetz von 1913, weist man seine Abstammung von Deutschen bis vor 1914 nach. Man weist nach, daß man Staatsangehöriger in einem Bundesstaat durch Abstammung ist, also Erbe des Deutschen Reiches.

Der Unterschied zwischen den beiden Ver-

sionen des Staatsangehörigkeitsausweises besteht in der Eintrag im sog. EStA-Register beim Bundesverwaltungsamt. EStA steht für „Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten“. Im EStA-Register werden alle Staatsangehörigkeitsausweise vermerkt. Wer in diesem Register nicht gelistet ist, wird gemäß Ausländergesetz-Verwaltungsvorschrift als Ausländer behandelt (siehe oben).

Maßgeblich ist nun die Art der Eintragungen im EStA-Register. Hat man der Ausländerbehörde seine Staatsangehörigkeit gesetzeskonform gemäß § 4 Absatz 1 RuStAG vom 22. Juli 1913 nachgewiesen so wird im Register entsprechend „Erworben durch Geburt (Abstammung) §4 Abs. 1 (Ru)StAG“ eingetragen (siehe Bild links). Mittlerweile, Stand 2019, ist die Verwaltung zwar dazu übergegangen, nur noch „Geburt (Abstammung)“ einzutragen und dabei den Hinweis auf das RuStAG nicht mehr zu vermerken – der Sinn der Eintragung ist dennoch immer noch gegeben, denn das Abstammungsprinzip „ius sanguinis“ gilt ausschließlich im RuStAG und nicht im StAG.

5) Was die Verwaltung bescheinigt.

Wir erinnern uns an die Argumentation der dritten Gruppe: Die bundesrepublikanische Verwaltung könne einem Deutschen die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat gar nicht bescheinigen. Das ist korrekt, denn das Bestehen der Staatsangehörigkeit kann ausschließlich durch die Behörden des Staates erfolgen, dem jemand angehört. Das Bestehen bspw. der preußischen Staatsangehörigkeit kann nur eine preußische Behörde bescheinigen.

Dementsprechend bescheinigt die bundesrepublikanische Verwaltung auch nicht die tatsächliche Staatsangehörigkeit des Antragstellers, sondern die »Rechtsstellung als Deutscher« und das kann sie sehr wohl. Auch im Reich kann beispielweise eine württembergische Behörde einem Preußen das Bestehen der Rechtsstellung als Deutscher (vor Einführung des RuStAG = die Bundesangehörigkeit) bescheinigen. Sie muß es sogar tun, damit der Preuße in Württemberg seine Recht in Anspruch nehmen kann. Dies geht eindeutig aus dem Gesetz über die Freizügigkeit hervor (siehe Bild links).

Aus dem Freizügigkeitsgesetz geht weiterhin hervor, daß zum Nachweis der Bundesangehörigkeit ein Heimatschein dienen kann, der Heimatschein ist aber keine Bedingung. Ferner ist jedes Beweismittel, durch welches der Besitz der Bundesangehörigkeit in glaubhafter Weise dargetan werden kann, zulässig. Der Besitz der Abstammungsnachweise ist also – wie es auch Bismarcks Erben handhaben – vollkommen ausreichend. An dieser Stelle sei an die Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz erinnert:

„Bestehen Zweifel, ob jemand Deutscher ist, obliegt die Klärung der Staatsangehörigkeitsbehörde. Bis zur Klärung ist er als Ausländer zu behandeln. Beruft sich ein Ausländer darauf, Deutscher zu sein, hat er dies gemäß § 70 Abs. 1 nachzuweisen (z.B. durch Staatsangehörigkeitsurkunde).“

Da steht „z.B. durch Staatsangehörigkeitsurkunde“ – zum Beispiel kann hier „unter anderem“ gelesen werden, Sodas die Abstammungsnachweise auch für die Verwaltung ausreichend sein müssen. Weil aber dieser Sachverhalt gegenüber den einfachen Bediensteten der Verwaltung sehr komplex zu argumentieren ist, ist der Besitz des Staatsangehörigkeitsausweises an dieser Stelle sehr vorteilhaft – schließlich ist es das offizielle Dokument der bundesrepublikanischen Verwaltung und man kann mit dem Gelben Schein in der Hand schlicht verweisen auf

Artikel 5 Absatz 1 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB):

„Ist die Person auch Deutscher, so geht diese Rechtsstellung vor.“

6) Wirkung des Staatsangehörigkeitsausweises gemäß RuStAG.

Häufig wird bestritten, daß der Besitz des Staatsangehörigkeitsausweises irgendeinen praktischen Nutzen für den Besitzer hat. Wer jedoch einmal erleben durfte, wie ein versierter Gelbscheinträger eine POLIZEI®-Kontrolle handhabt, der kann den Nutzen nicht mehr in Frage stellen. Allerdings, und das betonen wir an dieser Stelle ausdrücklich: Der Staatsangehörigkeitsausweis ist kein Freibrief und auch keine „kugelsichere Weste“. Es ist nicht nur erforderlich, einen

Staatsangehörigkeitsausweis zu besitzen – man muß die Rechtsstellung, die man damit einnimmt, verinnerlicht haben und argumentieren können. Dies gilt in besonders hohem Maße, wenn man auf in dieser Hinsicht rechtlich ungeschulte Bedienstete trifft, deren Zahl gefühlt zunimmt.

Andererseits, und das gilt es ebenfalls zu betonen, kann ein versierter nachgewiesener Deutscher auch ohne Staatsangehörigkeitsausweis seine Rechte geltend machen – es ist eine Frage des Bewußtseins, ganz gleich ob man den Gelben Schein besitzt oder nicht. Ob das, wie im Fall des Artikels im Neuen Deutschland aus dem Jahr 2015, auch vor Gericht möglich ist, ist zu bezweifeln. Der Hinweis auf die Haager Landkriegsordnung in dem Artikel ist übrigens mehr als überdeutlich. Uns ist jedenfalls niemand bekannt, der vor Gericht ohne Staatsangehörigkeitsausweis seine Rechte, geschweige denn Rechte aus der Haager Landkriegsordnung, geltend machen konnte. Häufig ist sogar das Gegenteil der Fall: Durch rechtlich unsicheres Handeln werden häufig auch Besitzer von Staatsangehörigkeitsausweisen von Gerichten wie staatenlose Ausländer behandelt. Dies führt zu der Frage

7) Braucht man den Gelben Schein?

Bismarcks Erben haben hier eine ganz klare Position: Nein, man braucht keinen gelben Schein! Die Ausführungen im Freizügigkeitsgesetz des Reiches wie auch in der Ausländergesetz-Verwaltungsvorschrift der Bundesrepublik Deutschland sagen ganz deutlich, daß der Staatsangehörigkeitsausweis nur ein verwaltungstechnisches Mittel ist, den Besitz einer Staatsangehörigkeit nachzuweisen. Dieser Nachweis kann ebenso durch die Abstammungsnachweise erbracht werden. Das macht auch Sinn, denn schließlich erlangen Deutsche ihre Staatsangehörigkeit durch Abstammung mit der Geburt: Es ist unser Geburtsrecht, das uns die Verwaltung weder entziehen kann noch zu bescheinigen braucht.

8) Warum man den Feststellungsantrag gemäß RuStAG dennoch stellen sollte.

Mit dem Antrag auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit, korrekt abgeleitet nach RuStAG 1913, zeigt man der Treuhandverwaltung an, daß man willens ist, seine Rechte und Pflichten als Deutscher wahrzunehmen. Man macht damit der Verwaltung gegenüber sein deutsches Erbe geltend. Der Staatsangehörigkeitsausweis ist tatsächlich ein offizieller Erbschein und das Erbe besteht aus nichts weniger als dem Deutsche Reich im Gebietsstand vom 27.7.1914.

Mittlerweile gehen immer mehr Landratsämter und selbst das Bundesverwaltungsamt (BVA) dazu über, Staatsangehörigkeitsausweise trotz einwandfrei erbrachter Nachweise nicht mehr auszustellen. Anträge werden mit der fadenscheinigen Begründung zurückgewiesen, es mangle an einen Feststellungs- bzw. „Sachbescheidungsinteresse“. Kritiker des Gelben Scheins oder „Nazi-Schein“-Propagandisten müssen sich an dieser Stelle eine Frage gefallen lassen: Warum verweigern bundesrepublikanische Behörden in zunehmender Zahl die Ausstellung des Staatsangehörigkeitsausweises? Warum brechen sie dabei offenkundig ihre eigenen „Gesetze“? Die Antwort ist so simpel wie einfach: Natürlich hat die Verwaltung kein Interesse daran, daß die Deutschen ihr Erbe geltend machen. Sie wollen den Deutschen ihr Erbe vorenthalten und weiter Kasse auf illegaler Basis machen. An dieser Stelle ein Hinweis: Das Wort Reich ist nicht umsonst auch in dem Wort Reichtum enthalten. Deshalb sollte jeder Deutsche den Gelben Schein erst recht beantragen und den verbrecherischen Treuhändern damit ganz deutlich vor Augen führen, daß die Deutschen wieder die Verantwortung für sich selbst übernehmen wollen und werden. Das nennt man übrigens Souveränität.

9) Welchen Vorteil bringt es mir?

„Welchen Vorteil bringt es mir?“ ist häufig die erste Frage, wenn man auf Staatsangehörigkeitsausweis zu sprechen kommt. Das offenbart, wie es um den Geist der deutschen Nation bestellt ist.

Deutsche, laßt euch eines gesagt sein: „Deutschland®“, wie wir es heute sehen und erleben müssen, ist, wie es ist, weil der deutsche Staat seit 100 Jahren handlungsunfähig ist. Die Frage, was der Staat für seine Angehörigen tun kann, erübrigt sich damit. Wem

nicht gefällt, wie Deutschland heute ist und wohin es sich entwickelt, der sollte einfach beginnen sich zu fragen, was man selbst tun kann – oder besser: tun muß – damit es besser wird. Das erste, was man tun kann und tun sollte, ist den Antrag auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß RuStAG zu stellen, denn dadurch signalisiert man klar und deutlich, daß man nicht nur handlungsberechtigt, sondern vor allem, daß man auch handlungswillig ist. Die Handlungswilligkeit ist Grundvoraussetzung für die Handlungsfähigkeit. Die meisten Deutschen sind nicht handlungswillig, darum geben sie ihre Stimme regelmäßig bei illegalen Wahlen in eine Urne. An dieser Stelle muß man auch mal fragen dürfen: Welchen Vorteil hat DAS bislang gebracht? Erst, wenn genügend Deutsche willens sind, Änderungen zum Besseren eigenverantwortlich herbeizuführen, werden Änderungen überhaupt möglich sein. Der Feststellungsantrag zum Staatsangehörigkeitsausweis gemäß RuStAG ist eine Willenserklärung, frei und selbstbestimmt im Rahmen gültiger Gesetze handeln zu wollen und wieder die Verantwortung für die Geschehnisse des eigenen Vaterlands zu übernehmen. Es ist der Beginn eines langen, mühevollen Pfades. Doch je mehr Deutsche diesen Pfad entschlossen beschreiten, desto ausgetretener wird er werden und um So müheloser läßt er sich von all jenen beschreiten, die dem Pfad später nachfolgen. Es ist der Pfad heim, in die stolzen Länder unserer Väter, heim in das Reich der deutschen Nation.

Erst an dieser Stelle ist die Frage „Welchen Vorteil bringt es?“ erlaubt. Nun, welchen Vorteil hat es wohl, wenn die Einkommensteuer bei einem Höchststeuersatz von 10% der eigenen Gemeinde zufließt? Wenn diese Gelder nicht mehr von Goldman Sachs Sekretären in Berlin oder Ex EZB Chefs in Brüssel verwaltet und veruntreut werden? Wenn die Vertreter der Gemeinde über die Verwendung des gemeinschaftlich erwirtschafteten Vermögens zum Wohle der Gemeinde frei verfügen können? Welchen Vorteil hat es, wenn jede Gemeinde selbstbestimmt entscheiden kann, ob das Gebiet der Gemeinde mit krebserregenden Giften besprüht werden darf oder nicht? Welchen Vorteil hat es, wenn staatliche Beamte in staatlichen Ämtern die Gesetze stets fürsorglich auf den Bürger anwenden und wenn sie dabei wieder die volle persönliche Verantwortung für die Rechtsmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen übernehmen? Welchen Vorteil hat es, wenn Deutsche wieder Rechte besitzen, anstatt permanent den Entzug von Privilegien fürchten zu müssen? Wer kennt schon den Unterschied zwischen „Erziehungsberechtigung“ und „elterlicher Gewalt“? Nein, der Staatsangehörigkeitsausweis an sich bringt keine Vorteile. Doch das Erbe, das man damit geltend macht, birgt gewaltige Vorteile. Also fragt nicht länger, was euer Land für euch tun kann; fragt, was ihr für euer Land tun könnt, damit es euch wieder eine Zukunft bietet. Treten wir endlich gemeinsam unser Erbe an, damit wir es zurück in die goldene Zukunft führen, die den Deutschen nun 100 Jahre lang durch Neid, Gier und Haß fremder Mächte verwehrt wurde.

10) Weiterführende Informationen zum gelben Schein.

Wer sich die Frage „Gelber Schein – ja oder nein?“ jetzt noch immer nicht selbst beantworten kann, dem geben wir eine weitere Entscheidungshilfe mit auf den Weg. In folgendem Video wird die Thematik „deutsch VS Deutscher“ aus einem weiteren Blickwinkel beleuchtet: Wer bin ich? Der Unterschied zwischen Mensch und Person. Wer sich nun für die Vorgehensweise zur Einreichung eines Feststellungsantrages interessiert, der findet beim Aktionsbündnis Gelber Schein alle Informationen, die man dafür benötigt. Bismarcks Erben, das sind gesetzliche Deutsche durch Abstammung und Geburt mit Besitz der Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat. Wir betreiben diese Weltnetzseiten ausschließlich aus unseren Bundesstaaten und in unserer Rechtsstellung als grundrechtsberechtigte Deutsche und Bundesstaatenangehörige gemäß Artikel 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland i.V.m Artikel 50 Einführungsgesetz BGB i.V.m §§ 1 und 4(1) des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.7.1913.

Web-Link <https://bismarckserben.org>



# Mainzer „Merkurist“ ratlos -VOLLDRAHT schreibt das, was der Merkurist nicht schreiben darf

**JB [Mecklenburg]** - VOLLDRAHT wird nicht verkauft, sondern ehrenamtlich verteilt und das von Menschen, die einfach die Schnauze voll haben, das alltägliche Ablenkungsmanöver des Mainstream lesen zu müssen. Wird dazu die Zeitung noch als Nicht-Geschäftsmodell durchgeführt, wird es eng für die Helfershelfer der Kabbalisten. „Möglicherweise könnten die Macher mit der Aktion in Mainz auf neue Abonnenten gehofft haben. Der Preis pro Einzelausgabe beläuft sich aktuell auf 2,50 Euro beziehungsweise 4,50 D-Mark, wie auf der Zeitung zu sehen ist.“ Quelle: Merkur. Nicht „hoffen“ ... Wir machen, zwar unbequem für andere, aber legal. Oder wie ist das mit der Meinungsfreiheit zu verstehen, gilt das nicht für Andersdenkende? Was die Polizei zu „Volldraht“ sagt: „Wie die Mainzer Polizei mitteilt, hatten sie bisher noch keine Kenntnis davon, dass „Volldraht“ auch in Mainz kursiere. Generell gebe es Fachleute bei der Polizei, die sich mit solchen Medien beschäftigen. Das in der Zeitung verbreitete „Gedankengut ist zumindest gesellschaftlich fragwürdig“, so ein Sprecher. Die Zeitung sei eher in der „Reichsbürgerszene“ zu verorten.“ Quelle: Merkurist

Egal, wir von VOLLDRAHT sehen das sportlich, so in Richtung der normativen Kraft des Faktischen. Das gilt für beide Seiten, wobei die eine Seite mehr den totalitären Gesinnungsterror bevorzugt, was explizit nicht für VOLLDRAHT gilt, gelle.

Dennoch haben wir die Bedenken der Merkuristen ernst genommen und uns Gedanken gemacht, welcher Umstand dazu führen kann, daß sich ein Redakteur die Meinung des Mainzer Polizeisprechers einholen muß. Ist es Angst um Abonnementen oder daß seine Themenwahl eventuell etwas korrekturbedürftig ist und zudem nicht bekannt werden darf, daß eine unabhängige Zeitung darauf hinweist, was in diesem Land tatsächlich zu berichten ist?

Anzumerken ist noch, daß ein Polizist, der aus verständlichen Gründen nicht genannt werden will, zur Aussage des Mainzer Polizeisprechers sagte: „Der will seinen

Job noch länger behalten“.

Merkuristen, Ihr wollt für die Bürger da sein und objektiv Nachrichten schreiben. So sei es. Schreibt. Schreibt eine Rezension über den VOLLDRAHT-Artikel „Heil Merkel - BRD ist das 3. Reich - Der sogenannte 2+4 Vertrag und seine Folgen“ und dann fragt Ihr den Mainzer Polizeisprecher noch einmal, ob das Gedankengut gesellschaftlich fragwürdig ist? „Sport frei“ Kameraden des Merkuristen. Keine Ausreden, schreibt was Ihr wirklich denkt.

Wahrhaftigkeit ist keine Frage des Parteibuches, es ist ein Charakterzug, der gelebt sein will.



Anmerk. der Red.: Wir haben uns verkniffen, den Mecklenburgischen Polizeisprecher nach der gesellschaftlichen Relevanz des Merkuristen zu fragen.

# CDU - AKK - Das Ziehhkind der Raute des Grauens, probt die Schuhe von „Mutti“ zu tragen

**JB [Mecklenburg]** - Nachdem die BRD-Verwaltung die Zensur der freien Meinungsäußerung zur Staatsräson erklärt haben und jeder Minister der BRD-Verwaltung rhetorisch gespiegelt „Gesetze“ installiert, die offensichtlich Grundgesetzwidrig, zumindestens fragwürdig sind durchpeitschen, denn die Meinungsfreiheit gemäß Artikel 5 GG, gilt natürlich nicht für die Andersdenkenden. Eine eiserne Regel der Kulturmarxisten.

Nach den ideologischen motivierten Tiefschlägen mit dem NetzDG und dem Internetfilter wurde schon sichtbar, was der letzte Bolschewik in Berlin schon spürt. Die Stimmung kippt, die sorgsam aufgebauten Netzwerke werden langsamer oder versiegen vollends. Der letzte NGO-Soziopath, der noch die bunten Flaggen des Verrats und Schmiergelder fleißig verteilt, scheint nur noch der Parasit-Soros übriggeblieben zu sein.

Und jetzt kommt Annegret Kramp-Karrenbauer und schiebt die bösen YouTuber Rezo in die Manege des Polit-Rummels. Aber Annegret Kramp-Karrenbauer ist gut, sie hat die Regieanweisung, noch die Heulnummer zu bringen standhaft ignoriert. Hier ein Auszug aus dem Drehbuch der BRD-Schmierkomödie:

„Während ihrer Nachwahl-Presskonferenz am Montag sagte die CDU-Vorsitzende, sie habe sich gefragt, „was wäre eigentlich in diesem Land los, wenn eine Reihe von, sagen wir mal, 70 Zeitungsredaktionen zwei Tage vor der Wahl erklärt hätten: Wir machen einen Aufruf, wählt bitte nicht CDU und SPD“. Später schrieb sie: „Wenn einflussreiche Journalisten oder YouTuber zum Nichtwählen oder gar zur Zerstörung demokratischer Parteien der Mitte aufrufen, ist das eine Frage der politischen Kultur.“ Und in einem weiteren Tweet: „Worüber wir aber sprechen müssen, sind Regeln, die im Wahlkampf gelten.“ Quelle: Zeit

Liebe Frau CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer, Sie wurden gezielt auf den Posten gesetzt, weil Sie es so wollten und jetzt werden Sie sehr schnell erken-

nen, daß Sie zwar überbezahlt werden, aber notwendig sind die CDU vollends zu diskreditieren, da Ihre „Mutti“ bereits so unglaublich geworden ist, das die bloße Erwähnung ihres Namens zur Auslösung von Fluchtinstinkten ihrer Gesprächspartner führt. Wer zum Umfeld von Merkel zählt, hat keine Zukunft mehr in unserem Land. Ups, dazu gehören Sie ja auch.

Was Sie oben verklausuliert in die Runde geschmissen haben, ist nichts anderes, als die Direktive der EU zur Unterdrückung EU-kritischer Medien und Meinung umzusetzen und das mit allen Mitteln.

Mal anders rumgefragt, was würde den passieren wenn 70 Zeitungsredaktionen dazu aufrufen, nicht die AfD zu wählen. Na, die CDU klatscht Beifall und schaltet Werbeanzeigen bei diesen Redaktionen. Und mal ehrlich, was ist ihnen nur durch den Kopf geflogen, als Sie die Regeln des Wahlkampfes ansprachen „Worüber wir aber sprechen müssen, sind die Regeln, die im Wahlkampf gelten.“ Was meinten Sie damit, sollen jetzt alle Berichterstat-ter genauso täuschen und tricksen wie die Alt-Parteien mit dem Grünen Unkraut, und wer korrekt berichtet wird als „Demokratiefeind“ > EU-Gefährder > Antisemit > Hetero > Selbstversorger > Nationalist = Deutscher Rechtsträger mit indigener Abstammung eingestuft und diskreditiert? Das war ein Schritt in das riesengroße Fett-näpfchen. Das ist eigentlich der Job von Spahn oder dem maaßlosen Israel-Fan. (Wo ist der eigentlich abgeblieben?)

Sie wissen das die BRD abgewickelt wird und Sie wissen, da wir es auch wissen. Ist nur die Frage wann sie diesen klitzekleinen Umstand, der Bevölkerung offiziell mitteilen wollen. Der Ordnung halber informieren wir sie darüber, daß Mitteldeutschland ihre Mitarbeit nicht länger benötigt.

# Polizei - Faire Diziplinarverfahren?

**Elvira Christine Beate Oehm-Töpfer** - Können Disziplinarverfahren überhaupt ein faires und billiges Verfahren garantieren im Kartellgebiet Mitteleuropa -Beispiel POLIZEI? Wird ein Disziplinarverfahren gegen einen sogenannten Beamten eingeleitet, stellt sich doch insbesondere die Frage, ob dieser überhaupt mit einem fairen und billigen Verfahren im Kartellgebiet Mitteleuropa rechnen kann. Der Dienstherr, vertreten durch den Polizeipräsidenten ist derjenige, der dieses Disziplinarverfahren auslöst. Zu beachten ist, daß die ermittelnden Beamten genau unter diesem auch selbst gehaltenen Polizei-präsidenten stehen, der später immer über ihre Beförderungen oder andere Maßnahmen am Ende bestimmt. Somit sind ermittelnde Beamte nicht frei in ihren ermittelnden Ergebnissen, denn diese können dazu führen, daß die Ermittlungen gegen das abgezielte Ergebnis des behaupteten Disziplinargrundes verlaufen und somit im Widerspruch zur Disziplinarverfügung des Polizeipräsidenten führen können. Abhängig davon ist welches Ziel vom Dienstherrn verfolgt wird, ob man den Beamten be- oder entlasten möchte. Somit sind die Ermittlungen und Ergebnisse entscheidend beeinflusst und nicht neutral. Ein ermittelnder Beamter kann Gefahr laufen, daß wenn sein Ergebnis entgegen des Vorwurfes (z.B. bei politisch gesteuerten Zielen - Zersetzungszielen) verläuft, daß auch dem ermittelnden Beamten interne Sanktionen drohen können oder Schlimmeres. Die Neutralität wird somit erschwert, be- oder sogar verhindert, denn alle Beteiligten, wie der Polizeipräsident, die ermittelnden Beamten sowie der Beamte gegen den das Disziplinarverfahren geführt wird, sind alle von ein und dem gleichen Dienstherrn gehalten und beherrscht. Alle werden aus einer Kasse finanziert. Somit ist Tatsache, daß Parteilichkeit und Befangenheit vorliegen. Folglich kann diese Parteilichkeit und Befangenheit



dazu genutzt werden, Rechtsverletzungen von sogenannten Beamten zu decken und sie mit diesem Disziplinar-System-Konstrukt vor der Strafverfolgung zu schützen, um eigenes Fehlverhalten innerhalb der Organisation zu vertuschen, wie z.B. Regierungskriminalität wegen Menschenrechtverletzungen.

Deutschland: Erneut im Fokus, 14. Januar 2004, AI Index: EUR 23/001/2004. 11 / TÄTER UNBEKANNT

Amnesty International hat schon seit langem nicht unbegründet gefordert:

„...Bei glaubwürdigen Vorwürfen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen oder anderen glaubwürdigen Informationen über die mutmaßliche Verletzung von Menschenrechten durch Polizeibeamte sind die Behörden verpflichtet, umgehend, umfassend, unabhängig und unparteiisch zu ermitteln. Es sollten gegebenenfalls disziplinarische Maßnahmen ergriffen werden und Polizeibeamte, die sich strafbar gemacht haben, müssen in einem umfassenden und fairen Verfahren zur Verantwortung gezogen werden.

Des weiteren haben die Opfer ein Recht auf wirksame Beschwerde und Wiedergutmachung. Dazu gehören Entschädigung, Rehabilitation, Genugtuung, Schadensersatz und die Garantie der Nicht-Wiederholung. 2 von 5 Die Recherchen von Amnesty International haben ergeben, daß die Ermittlungsmethoden und -abläufe in Fällen mutmaßlicher polizeilicher Mißhandlung beziehungsweise unverhältnismäßiger Gewaltanwendung bedauerlicherweise noch nicht den Grundsätzen entsprechen, die in den von Deutschland unterzeichneten Menschenrechtsabkommen verankert sind. Dazu gehören die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention, EMRK), der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt) sowie das UN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (UN-Antifolterkonvention). In zahlreichen von Amnesty International untersuchten Fällen waren die

Ermittlungen nicht umfassend genug. In anderen Fällen wurden die Ermittlungen nicht umgehend aufgenommen oder es kamen Zweifel an der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Strafverfolgungsbehörden auf.

Auch daß Polizeibeamte noch immer nicht verpflichtet sind, bei der Ausübung ihres Amtes, bei der Festnahme oder Inhaftierung von Personen und bei der dabei gegebenenfalls erfolgenden Anwendung von Gewalt jederzeit eine sichtbare Kennzeichnung (zur Gewährleistung der individuellen Identifizierung) zu tragen, gibt Anlaß zu Kritik.“

<http://www.amnestypolizei.de/sites/default/files/imce/pfds/Polizeibericht-internet.pdf>. Das setzt natürlich voraus, daß die Polizeibeamten die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention, EMRK), den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt) sowie das UN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (UN-Antifolterkonvention). Das Genfer Abkommen I-IV kennen und ihre Befugnisse und Verpflichtungen insbesondere kennen.

Ferner gehören weitere völkerrechtliche Rechtsvorschriften dazu, wie z.B. Das Amtsblatt der europäischen Union 2009/C 303/06 vom 15.12.2009 „... Alle EU-Mitgliedstaaten sind Vertragsparteien der Genfer Konventionen und ihrer Zusatzprotokolle und daher durch sie gebunden. .... Schulung: Schulung im humanitären Völkerrecht ist erforderlich, um die Beachtung von dessen Normen in Zeiten eines bewaffneten Konflikts sicherzustellen. Schulung und Ausbildung müssen auch in Friedenszeiten stattfinden. Dies gilt für die gesamte Bevölkerung, wenn auch einschlägigen Personengruppen, wie Polizei und Strafverfolgungsbeamten, besondere Aufmerksamkeit zukommen muß....“!

Fortsetzung Seite 12



# Capitis deminutio maxima

## (Status Minderung maximal)

**Holger Ditzel** - Während der Mainstream unentwegt berichtet, wie gut die Konjunktur, der Arbeitsmarkt oder das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland ist, arbeitet im Hintergrund ein komplexes juristisches Mahlwerk an der Abschaffung der indigenen Bevölkerung. Die Rede ist von einem Vernichtungskrieg, der nunmehr seit über 100 Jahren tobt. Bei Wikipedia findet man zu „Vernichtungskrieg“ die folgende Definition: Ein Vernichtungskrieg ist ein Krieg, dessen Ziel die vollständige Vernichtung eines Staates, eines Volkes oder einer Volksgruppe und die Auslöschung dieser soziopolitischen Entität (Dasein) durch die massenhafte Ermordung der Bevölkerung oder die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage ist.

Könnten Sie sich vorstellen, daß die Behörden hierzulande fremde Menschen mit Staatsangehörigkeitsurkunden rechtsfähig einbürgern, während sie der indigenen Bevölkerung die Feststellung ihrer Staatsangehörigkeiten verweigern? Wäre jene Annahme zutreffend, dann hätte man eine suizidale Kuriosität der Menschheitsgeschichte aufgedeckt, nämlich eine kadavergehorsame Söldnertruppe, die ihre eigene Spezies dem Untergang zuführt und sich dabei selbst abschafft? Keine Angst, juristisch betrachtet ist alles bestens, denn die Fremden würden ja nach der Einbürgerung Deutsche, damit wäre definitionsgemäß die Vernichtung einer Volksgruppe oder eines Volkes nichtzutreffend.

Die Inszenierung der vollständigen Vernichtung Deutschlands, dem gemeinsamen Indigenat der 26 Bundesstaaten, aus welchen die indigenen Staatsangehörigkeiten stammen, könnte bereits am 28. Juni 1919 besiegelt worden sein. Unter anderem durch das Versailler Diktat, das unter Zwang der Hungerblockade, mit ca. 3 Millionen deutschen Opfern, die Verfassung vom 16. April 1871 suspendierte, (siehe Artikel 278 Versailler Vertrag) und demzufolge die Deutschen Völker staatenlos wurden. Seither regierten Treuhandverwaltungen; zuerst die Weimarer Republik der Putschisten, dann der böse Onkel mit Bart und dem Zackenkreuz, der nachdem er die Putschisten-Verfassung durch Selbstermächtigung außer Kraft gesetzt hatte, nichts Eiligeres zu tun hatte als alle Natürlichen Personen (Rechtsstellung als Deutsche) in juristische Personen umzufirmieren, was den Verlust der Bürgerrechte, analog den §§ 1 bis 20 BGB zur Folge hatte. Das Erbe jener dubiosen Gangsterverwaltungen traten nach dem WK2 die eingesetzten Verwaltungen der alliierten Siegermächte an, für die neu geschaffenen Wirtschaftszonen, in welchen man die vorgefundenen lebenden Toten (Firmen), gemäß Gesetz Nr. 104 Art. 3 SHAEF in wohnhaft verbrachte (Verlust der Freiheit). Glücklicherweise steht der heutige Wanderzirkus mit Ausnahme der Eurokraten noch unter Curatel der alliierten Siegermächte. (Siehe Art. 33 GG i.V.m. Art. 159 Hessische Verfassung i.V.m. Gesetz Nr. 1 Artikel II + III (SHAEF) sowie § 3 BesatzRBERG.)

Genauer hingeschaut kann aus dieser Entwicklung - von 1919 bis heute - auch nicht der Definition „Vernichtungskrieg“ entsprochen werden, dessen Ziel die vollständige Vernichtung eines Staates ist. Denn wie jeder weiß, feiert man hierzulande seit dem 03. Oktober 1990 unter großem Jubel die Wiedervereinigung Deutschlands. Dank einem Kabinettsstückchen, daß der wendehalsige Genscher seinerzeit aufführte. Er zauberte mit nur einer



simplen Note Deutschland wie ein Kaninchen aus dem Zylinder hervor. Das Kunststück war so gut vorgetragen, daß man nur bei sehr aufmerksamen Hinsehen erkennt, wie spitzfindig er das trickste. Er trug einfach die BRD unter dem Namen Deutschland bei der UN ein und schwubs war es wieder da: jenes Indigenat der 26 Bundesstaaten, gemäß Art. 3 RV von 1871! So und noch einmal ganz langsam. Genscher hätte die BRD sowie die DDR abmelden- und Deutschland anmelden müssen, richtig? Die DDR wurde abgemeldet, aber die BRD nicht, die wurde unter dem Namen Deutschland weitergeführt. Markendiebstahl ist das nicht, nein, nein. So und jetzt im Geist mal üben ... schwubs ... und schwubs! Na, so langsam geht's, oder?

Quelle: <http://www.holger-ditzel.de/genscher-note.html>

Damit ist der sogenannte „Staat“ ja noch vorhanden, wenn auch mit einem kleinen Fleck auf der weißen Weste, denn der Staatencode für Deutschland ist „000“; gemäß dem Schlüssel des Statistischen Bundesamtes. Übrigens könnte man sich diesen seltenen Staatencode sehr viel besser einprägen, unter der irrsinnigen Annahme: „Deutschland wäre als Staat nicht mehr handlungsfähig.“ Ha, ha, ha, ... kleiner didaktischer Scherz.

Man muss ja auch nicht immer gleich „die Auslöschung der indigenen Bevölkerung durch die massenhafte Ermordung der Bevölkerung“ anordnen, vielleicht genügt auch eine aufklärende Geschichtsschreibung, die mehr Freiraum und Toleranz für andere Kulturen schafft? Wer wollte denn hier das schlimme Wort „Vernichtungskrieg“ fabulieren? Nur weil frisches Kulturgut die schrumpfende Demografie der indigenen Bevölkerung durch gesunden Kinderreichtum auffrischt und damit den Fachkräftemangel trotz eklatanten Stellenabbau in Industrie und Wirtschaft ausgleicht, deshalb denkt doch niemand gleich an Genozid (§ 6 VStGB Völkermord) oder an Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 (1) 2. VStGB Zerstörung der Bevölkerung). Ich bitte Sie, nein, das wäre doch absurd. Echte Eliten würden sich niemals auf ein solch dünnes Brettchen stellen, weil sie logischerweise die Konsequenzen, gemäß § 5 VStGB (Unverjährbarkeit) fürchten müssten. Eine simplere Variante die Mischpoke auseinanderzutreiben wäre außerdem die plumpe Anwendung eines Betreuungsgesetzes (Verlust

der Familie), welches aber nicht mit den am 12. September 1990 eingeführten Paragraphen 1896 bis 1908 i des BGB verwechselt werden darf. Demzufolge wäre auch dieser subtilen Argumentation der Nährboden entzogen.

Das Attribut „Zerstörung ihrer Lebensgrundlage“ wäre beispielsweise nur dann zutreffend, wenn sich die indigene Bevölkerung nicht mehr selbst versorgen könnte, also abhängig wäre von Lebensmitteln ihrer Nachbarstaaten. Solange der Euro aber stabil ist (gedeckt durch die deutschen Sparvermögen), besteht also auch hier keine Gefahr. In diesem Zusammenhang ist das kleine Latrinum eklatant wichtig, das uns glauben machen will, daß CO2 der Umwelt schadet, welches die Nahrungsquelle der Bäume ist oder daß die Demokratie am Hindukusch verteidigt wird, wegen der bösen, bösen Terroristen, die dort im Hinterhalt lauern, währenddessen die eigenen Landesgrenzen wie ein großes schwarzes Loch sperrangelweit offen stehen. Und dann die vielen düsteren Nachrichten, die im Zwangsfernsehen rauf und runter rattern, vor dessen Auswirkungen wir geschützt werden müssen, mit Kameras und Schutzgesetzen. So wäre es möglich, Freiheiten immer weiter einzuschränken und die indigene Bevölkerung mit unerträglichen Forderungen (z. B. einer CO2-Steuer) zu belasten; aber: „Wer an das Gute im Menschen glaubt, bewirkt das Gute im Menschen.“ Jean Paul (1763 - 1825). Ja liebe Leser, sicher könnte man diese Liste noch fortführen, was uns aber in der Sache nicht weiterbringen würde, weil wir die Ursache des Übels nicht verstehen würden.

Der simple Grund könnte die Lösung der Deutschen Frage sein, deren Ursprung der 02. November 1917 ist. An diesem Tag wurde dem zionistischen\* Führer Lord Lionel Walter Rothschild eine von dem britischen Außenminister Arthur James Balfour unterzeichnete Zusage erteilt, nämlich in Palästina eine „nationale Heimstätte“ des jüdischen Volkes zu errichten. Im Gegenzug erhofften sich die Briten Unterstützung im Kampf gegen die Mittelmächte. \*(Zionismus bezeichnet eine Nationalbewegung und nationalistische Ideologie, die auf einen jüdischen Nationalstaat in Palästina zielt, diesen bewahren und rechtfertigen will.)

Quelle: <https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=we>

b&cd=3&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKewie6LLcr7viAhVjSxUIHQXwDesQFjACegQIDhAK&url=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2Fwiki%2FBalfour-Deklaration&usg=AOvVaw2wa4jEOhFhDrIRbFebKA0" <https://de.wikipedia.org/wiki/Balfour-Deklaration>

Das Problem dieser Zusage wird offensichtlich, wenn man zugrunde legt, dass dieser Zusage die Eroberung Palästinas durch britische Truppen vorausging. (Palästina stand bis zum 31. Oktober 1917 unter dem Schutz der Mittelmächte.) Demzufolge handelt es sich bei der Balfour-Deklaration um eine Vereinbarung, die nur solange Bestand haben kann, solange das Kriebsrecht herrscht. Ein Friedensvertrag, der den Weltkrieg beendet könnte, wirft damit gleichfalls das Existenzrecht Israels in die Waagschale. Herr Marin Schulz (SPD) bekräftigte indirekt diese These und brachte es mit einem einzigen Satz auf den Punkt, als er sagte: „Für mich existiert das neue Deutschland nur, um die Existenz des Staates Israel und des jüdischen Volkes sicherzustellen.“ - Martin Schulz erzählte dies Avraham Burg (israelischer Autor und ehemaliger hochrangiger Politiker der Arbeitspartei Awoda, von 1999–2003 Sprecher der Knesset in Israel) in einer Unterhaltung.

Quelle: [HYPERLINK „https://de.wikiquote.org/wiki/Martin\\_Schulz“](https://de.wikiquote.org/wiki/Martin_Schulz) [https://de.wikiquote.org/wiki/Martin\\_Schulz](https://de.wikiquote.org/wiki/Martin_Schulz)

Nun wird plausibel warum niemals eine „Partei“ der regierenden Treuhandverwaltung, die von den alliierten Siegermächten eingesetzt wurde, an einem Friedensvertrag interessiert sein wird. Fantasiervoll hoffen wir deshalb auf die Mündigkeit der Kurzzeitbürger (nicht Eintagsbürger), die inzwischen verstehen, daß sie durch ihre Wahlbeteiligung (also mit dem grundsätzlichen Einverständnis des herrschenden Systems), anhand ihrer temporären Rechtsfähigkeit, für zehn Stunden, am Tag der Wahl, den eigenen Untergang legitimieren würden; trotz den vollmundigen Versprechungen auf den einfältigen Wahlplakaten, so vieler potentieller Profientsorger, die entschlossen für ihre eigene lebenslange Alimentierung kämpfen, auf Kosten jener statusgeminderten, fleißigen Menschen, die man loswerden muss.

Als humorvolle Liebhaber unserer lebendigen Sprache lassen wir Lösungswegen deshalb den Vortritt, statt uns von Ermüdungsschriften schimpfen zu lassen, die von Kritikern und Mahnern verfasst werden. Die Grundlagen für Frieden sind Heimat und Schutz, für alle Bewohner dieses Planeten, deshalb unterstützen Sie bitte unsere Petition: „Deutschland will den Friedensvertrag“, damit endlich Friedensverhandlungen aufgenommen werden können, bevor sich das Thema erledigt hat.

[HYPERLINK „https://www.change.org/p/deutschland-will-den-friedensvertrag“](https://www.change.org/p/deutschland-will-den-friedensvertrag) <https://www.change.org/p/deutschland-will-den-friedensvertrag>

Hanau den, 27. Mai 2019  
Der von der Insel kam und mit dem Speer kämpfte

PS: Dieser Text ist der künstlerischen Freiheit gewidmet und steht unter Verfassungsschutz, gemäß Art. 5 Absatz 3 GG. Anmerkung: Der Autor ist uneingeschränkt Grundrechtsfähig.

# God bless the USA - Werden jetzt die EU-Realitätsblasen platzen?

**Wir wünschen ein gutes Gelingen**  
„Sport frei“, eure VOLLDRAHT Redaktion.

Diese Mitteilung ist eine reine Fiktion und nur für Insider gedacht.  
Übereinstimmungen mit realen Ereignissen wären nicht zufällig.



**Wir geben nie auf - Wir sind überall - Wir sind nicht zu brechen**





# Monsanto-Bayer

## – IG Farben AG am Ende?

**jb** - Volldraht hat schon mit dem ersten Schadenersatzurteil darauf hingewiesen, daß das Management entweder unfähig ist oder das Unternehmen gezielt zerlegt werden soll. Es wird immer wahrscheinlicher, daß die Option 3 umgesetzt wird. Aus meiner Sicht ergeben sich 3 Optionen. Die deutschen Manager wurden über das tatsächliche Risiko der Sammelklagen getäuscht, damit Bayer für eine feindliche Übernahme nach der Monsantoübernahme geschwächt wird. Die deutschen Manager tun nur so, als ob Sie getäuscht worden sind und arbeiten auf die feindliche Übernahme hin. Trumps wirken gegen den Deep State in den Staaten hat es ermöglicht, den Lobbyeinfluss auf die Justiz zu schwächen und das Urteil des Schadenersatz gesprochen werden konnte. Damit wird eine Welle der Schadenersatzforderungen losgetreten, die den Konzern in die Auflösung treibt und er zerschlagen wird. Ein Schlag gegen die Globalisierungstreiber in Europa und ein strategischer Schlag gegen die BRD-Kriminellen. Das die amerikanische Wirtschaft davon profitiert ist ein Pluspunkt für Trumps Kampf gegen den Deep State. Die Zentrale der Kabale ist Deutschland und im weltweiten Kampf, diese zu zerstören werden entsprechende Korrekturen im politischen und wirt-



Trendbetrachtung auf Basis 6 Monate: Durch den Bruch der Unterstützung bei 59.67 EUR war die technische Gesamtsituation in der Aktie bereits Ende April sehr angespannt. Erste Verkaufssignale waren nach der Aufholjagd der Aktie erkennbar und wir hatten zu diesem Zeitpunkt unsere Aussichten bereits auf die bärische Seite verändert. Vor allem die Tatsache, dass sich der 50-Tage-Durchschnitt in einer Fallphase befand und sich die Kurse darunter aufhielten, erhöhte die Chancen der Bären. Genau dieser Indikator konnte in Folge auch nicht überwunden werden und so war die logische Konsequenz, dass sich die Aktie erneut den Weg nach unten suchte. Keine allzu große Überraschung! Die negativen Tendenzen blieben erhalten und die Wahrscheinlichkeit, dass wir das Tief



Chart vom 10.05.2019 Kurs 57.54 Kürzel: BAYN | LYNX Aktienempfehlungen

schäftlichen Bereich stattfinden. Die jetzt zu erwartende Klagewelle wird Bayer zerstören. Jury verurteilt Bayer zu zwei Milliarden Dollar Schadenersatz Weitere Niederlage für Bayer im Glyphosat-Streit: Ein Gericht hat zwei früheren Kunden von Monsanto, die an Krebs erkrankt sind, mehr als zwei Milliarden Dollar Schadenersatz zugesprochen. Quelle: Wiwo. Aktuelle Analyse: Bayer bald auf neuen Tiefs – Lohnt sich ein Einstieg in die Aktie?

von Ende März bei 54.46 EUR bald wiedersehen werden, hat sich deutlich erhöht. Quelle: Lynxbroker. Aktuell findet die härteste Auseinandersetzung in Venezuela statt. Der Versuch der Kabale Präsident Nicolas Maduro zu stürzen ist fehlgeschlagen. Trump und seine Mitstreiter konnten alle Angriffe abwehren. Der Flugzeugabsturz Boeing 737 der Fluggesellschaft Ethiopian Airlines mit 157 Toten ist als direkte Antwort der Kabale gewertet.

# Arabische Clans u. Staatsversagen

**Tichys Einblick**  
- Zwanzig kriminelle Großfamilien mit Tausenden Mitgliedern haben sich in Deutschland festgesetzt. Ihr Geschäft: Drogenhandel, Prostitution, Schutzgelderpressung. Der Staat hat jahrelang weggeschaut, geleitet von der Multikulti-Ideologie. Ein Beitrag von Robert Mühlbauer. [...] Wegschauen als Folge der Multikulti-Ideologie  
Warum hat der Staat so lange dieses Treiben zugelassen, die Durchsetzung des deutschen Rechts vernachlässigt und die Nicht-Integration hingenommen? Ghadbans klare Antwort: Die Ideologie des Multikulturalismus war daran schuld, denn sie erlaubte es den Gruppen, Sonderrechte für sich in Anspruch zu nehmen und Kri-

tiker zu diffamieren. „Multikulti hat die Desintegration verursacht und dadurch den Abbau des Rechtsstaats gefördert“, schreibt Ghadban. Und die lange währende Scheu, die massive Kriminalität der Araber-Clans zu benennen, lag nach Ghadban „an der politischen correctness, die das Handeln vieler hemmt“. **AUS EINEM NZZ-INTERVIEW**  
Bassam Tibi: 90 Prozent leben in Parallelgesellschaften  
Der 69-jährige libanesisch-deutsche Publizist kann es sich erlauben (andere würden als „rechtspopulistisch“ oder „ausländerfeindlich“ denunziert), so deutlich zu sprechen: „Aus Sorge um die Stigmatisierung und Diskriminierung von Minderheiten ist es verboten, von eth-

nischen Clans zu reden, alles fällt unter den Begriff ‚Organisierte Kriminalität‘. Und Ghadban warnt, dass längst andere Einwandererethnien eigene Clanstrukturen aufbauen, Tschetschenen, Albaner, Kosovaren, Jesiden und andere. Die „Flüchtlingswelle“, die 2015 zu fast einer Million Migranten nach Deutschland führte (Merkels Grenzöffnung sei Dank!), haben die Clans gleich für sich genutzt und sind ins Schleppergeschäft eingestiegen: Pro Eingeschleusten kassierten sie bis zu 10.000 Dollar, außerdem traten Clan-Mitglieder als Dolmetscher für die Asylverfahren auf. Sie rekrutieren neue Migranten als Drogenverkäufer, so werden die „Flüchtlinge“ in eine islamische kriminelle Parallelge-

sellschaft integriert. Die Asylantenwelle hat noch weitere Verdienstmöglichkeiten eröffnet, besonders bei der Unterbringung, die Ghadban als „sehr lukratives Geschäft“ bezeichnet. Pro Person kassierte ein Vermieter vom Staat, etwa in Berlin, 25 bis 50 Euro pro Tag. In einer 20 Quadratmeter großen Behausung in Neukölln leben dann fünfköpfige syrische Familien. Der Vermieter erhält vom Staat 3.700 Euro im Monat, der reguläre Mietmarkt hätte höchstens 300 Euro hergegeben. Die Clans investieren das mit Drogenhandel verdiente Geld inzwischen vermehrt in Immobilien, oder sie waschen es über Restaurantbetriebe. Man kann inzwischen von Multimillionen-

# Panik in Washington

## – Freigabevollmacht für Generalstaatsanwalt Barr lässt Medien und Politiker erschauern

**Epoche Times** - Ausgerechnet die Medien und Politiker die am lautesten fordern alle Details des Mueller-Berichts freizugeben haben nun offenbar Probleme damit, dass Generalstaatsanwalt William Barr eine weitgehende Freigabevollmacht erhalten hat. Am 23. Mai gab US-Präsident Donald Trump ein Memorandum heraus, das dem Generalstaatsanwalt William Barr die Erlaubnis zur Freigabe vertraulicher Dokumente erteilt. Das Memo stellte fest, dass Barr die volle Autorität hat, „Informationen freizugeben, herabzustufen oder die Freigabe oder Herabstufung [der Geheimhaltungsstufe] von Informationen oder Erkenntnissen anzuweisen, auf die sich die Überprüfung durch den Generalstaatsanwalt bezieht“. Das Memo wurde an das Außenministerium, das Finanzministerium, das Energieministerium, das Verteidigungsministerium und das Heimatschutzministerium adressiert – ebenso wie an die Direktoren für die nationalen Geheimdienste und die CIA. Es ging auch an den Justizminister (Generalstaatsanwalt), der für das FBI zuständig ist. Die Betreffzeile „Zusammenarbeit der Behörden mit der Generalstaatsanwaltschaft zur Überprüfung der Geheimdienstaktivitäten im Zusammenhang mit den Präsidentschaftskampagnen 2016“ war besonders bemerkenswert durch die Verwendung des Plurals, da die Untersuchung möglicherweise eine etwaig Einmischung in Kampagnen über die von Präsident Trump hinaus unternehmen könnte. Präsident Trump selbst hat eine entsprechende Mitteilung von seiner Pressesprecherin Sarah Sanders verschicken lassen: „Heute hat Präsident Donald J. Trump

auf Ersuchen und Empfehlung des Generalstaatsanwalts der Vereinigten Staaten den Geheimdienst angewiesen, schnell und umfassend mit der Untersuchung der Überwachungsaktivitäten während der Präsidentschaftswahl 2016 durch den Generalstaatsanwalt zusammenzuarbeiten. Dem Justizminister wurde auch die volle und vollständige Befugnis übertragen, Informationen im Zusammenhang mit dieser Untersuchung in Übereinstimmung mit den seit langem geltenden Standards für den Umgang mit Verschlusssachen freizugeben.“ Und: „Der heutige Entschluss wird dazu beitragen, dass alle Amerikaner die Wahrheit über die Ereignisse und die Maßnahmen erfahren, die während der letzten Präsidentschaftswahlen ergriffen wurden und wird das Vertrauen in unsere öffentlichen Institutionen wiederherstellen“. Die Formulierung, „dass alle Amerikaner die Wahrheit über die aufgetretenen Ereignisse erfahren“, deutet in gewissem Maße auf das Wissen und die Informationen hin, die Barr bereits entdeckt hat. Bemerkenswert war auch der Hinweis auf die Entstehung der Freigabeverordnung – „Auf Wunsch und Empfehlung des Generalstaatsanwalts der Vereinigten Staaten“. Barr fragte Präsident Trump also anscheinend nach der Freigabeberechtigung. Der Präsident hat seit mehreren Wochen erklärt, dass er erneut beabsichtigt hat, alles freizugeben, nachdem er die Aussicht auf eine Freigabe während eines Interviews mit Sean Hannity am 25. April angesprochen hatte. Damals sagte Trump: „Alles wird freigegeben werden und mehr, viel mehr als das, was Sie gerade erwähnt haben. Es wird alles freigegeben.“



Mehr als nur Informationen

### Abonnieren und mitgestalten

Ausfüllen. Abschicken. Zeitung lesen

☐ **Leserabonnement**  
Ja, ich will VOLLDRAHT ab (Monat)...../2019 mit 59,40 EUR (inkl. Versandkosten) innerhalb Deutschlands für 12 Ausgaben abonnieren.

☐ **Abo für Freiheitskämpfer**  
Ja, ich will VOLLDRAHT ab (Monat)...../2019 mit 24,75 EUR (inkl. Versandkosten) monatlich für 50 Zeitungen innerhalb Deutschlands abonnieren. Versand nach Zahlungseingang.

☐ **Abo für 150 Zeitungen**  
Ja, ich will VOLLDRAHT ab (Monat)...../2019 mit 49,75 EUR (inkl. Versandkosten) monatlich für 150 Zeitungen innerhalb Deutschlands abonnieren. Versand nach Zahlungseingang.

|                             |                                                                          |
|-----------------------------|--------------------------------------------------------------------------|
| <b>Rechnungsadresse</b>     | <b>Kündigung</b>                                                         |
| Familienname, Vorname _____ | Das Leser-Abonnement verlängert sich nicht automatisch nach 12 Ausgaben. |
| Straße, Hausnummer _____    | Das Freiheitskämpfer-Abonnement kann monatlich gekündigt werden.         |
| PLZ, Ort _____              | Unterschrift _____                                                       |
| E-Post _____                |                                                                          |
| Telefon _____               |                                                                          |
| Unterschrift _____          |                                                                          |
| <b>Lieferadresse</b>        | <b>Zahlung</b>                                                           |
| Familienname, Vorname _____ | Paypal: info@volldraht.de                                                |
| Straße, Hausnummer _____    | Überweisung                                                              |
| PLZ, Ort _____              | IBAN: DE87 1309 1054 0001 2391 63                                        |

Ausgefüllten Vordruck per Post an:  
VOLLDRAHT e.V., Brudersdorf 58, 17159 Dargun OT Brudersdorf  
Vertreten durch Jörn Baumann - E-Post: info@volldraht.de - Mobil: 0176-494 30 281



# Polizei - Faire Diziplinarverfahren

## Fortsetzung von Seite 8

Individuelle Verantwortlichkeit

Bestimmte ernste Verstöße gegen das humane Völkerrecht gelten als Kriegsverbrechen. Kriegsverbrechen können unter den gleichen Umständen wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auftreten, aber — anders als Kriegsverbrechen — müssen letztere nicht mit einem bewaffneten Konflikt einhergehen. Einzelpersonen sind für Kriegsverbrechen persönlich verantwortlich. Die Staaten müssen gemäß ihrem internen Recht sicherstellen, daß mutmaßliche Täter vor die innerstaatlichen Gerichte gestellt oder zur Strafverfolgung den Gerichten eines anderen Staates oder einem internationalen Strafgericht, wie z.B. dem Internationalen Strafgerichtshof (ISTGH), übergeben werden . . ."

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52009XG1215\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52009XG1215(01)&from=EN) sowie [E/CN.4/1998/53/Add.2 vom 11.02.1998 – LEITLINIEN BETREFFEND BINNENVERTREIBUNGEN – der Vereinten Nationen Auszug: Leitlinie 3](https://www.un.org/depts/german/wiso/e-cn4-1998-53-add.2.pdf)

„...1. Die nationalen Behörden haben die vorrangige Pflicht und Verantwortung, Binnenvertriebenen in ihrem Hoheitsbereich Schutz und humanitäre Hilfe zu gewähren. 2. Binnenvertriebene haben das Recht, von diesen Behörden Schutz und humanitäre Hilfe anzufordern und zu erhalten. Sie dürfen dafür weder verfolgt noch bestraft werden. . ."

<http://www.un.org/depts/german/wiso/e-cn4-1998-53-add.2.pdf>

Da aber nur mangelnde bis gar keine Aufklärung und Schulung insbesondere bei der Polizei festzustellen ist und somit auch der völkerrechtliche Schutz der Menschen nicht in der täglichen Praxis der Polizeiorganisationen angewandt werden, -wozu sie verpflichtet sind-, werden die Verletzungen von der eigentlichen „Schutzpolizei“ natürlich gar nicht erkannt und in der Regel durch Ausführungsgesetze verletzt, die mit den vorgenannten Verpflichtungen kollidieren. Die Polizei ist grundsätzlich dazu verpflichtet die Grundrechte der Menschen zu schützen. Das ist ihre Berufung und der Eid, den sie abgelegt haben. Jedoch in der Praxis wird das gänzlich mißachtet, verleumdet und verletzt. Führt ein Disziplinarverfahren zu einer Klage bei einem Verwaltungsgericht, mit der Absicht diesen Beamten aus dem Dienst zu entfernen, ist hier die nächste Parteilichkeit und Befangenheit vorprogrammiert. Es kann ohne Ausnahme kein faires und billiges Verfahren garantiert werden. Wieso? Ganz einfach!

Der Polizeipräsident eines Landes z.B. klagt bei einem Gericht im gleichen Land. Somit ist sofort erkennbar, daß beide Organisationen von ein und demselben Dienstherrn gehalten und beherrscht werden, sowie der Beamte, gegen den sich das Disziplinarverfahren richtet. Wenn man sich dann die richterliche Besetzung in diesen Verfahren anschaut, wird eines sehr schnell deutlich: Ehrenrichter dürfen in nicht im öffentlichen Dienst tätig sein. Anders ist es bei Disziplinarverfahren. Dort findet man Beamtenbeisitzer, die aus dem Fachbereich kommen sollen, z.B. bei der Polizei von einer Polizeihochschule oder man bedient sich Polizeibeamten aus dem Bezirk. Somit wird die Tatsache sehr schnell offensichtlich, daß derjenige Beamte, gegen den die Disziplinarangelegenheit geführt wird , es mit Richtern (Beamtenbeisitzer) zu tun hat, die sogar im doppelten Parteiverhältnis stehen. Sie bewegen sich in der Exekutive und in der Judikative und werden auch von gleichem Dienstherrn gehalten und beherrscht.

Je nach Ziel des Ausganges dieses Verfahrens, z.B. um einen Polizeibeamten aus dem Polizeidienst zu entfernen oder ihn von begangenen Straftaten zu decken, hat der Dienstherr bzw. das Land immer das doppelte Ass im Ärmel. Selbst der Dienstherr bestimmt, welchem Zeugen aus dem sogenannten öffentlichen Dienst eine Aussagegenehmigung erteilt wird und in welchem Rahmen er davon Gebrauch machen darf. Dort finden unter Umständen für den Betroffenen beweis erhebliche Einschränkungen statt, die eigentlich zu seiner Entlastung führen würden, kann aber auch dazu genutzt werden, daß Belastungszeugen nicht zugelassen werden. Das ist wie im Casino, wo immer die Bank am Ende gewinnt!

Somit hat ein zu UN-Recht beschuldigter Beamter oder begünstigtes Opfer einer Menschenrechtverletzung in der Regel kaum bis nie eine Chance vor diesen Gerichten ein faires und billiges Verfahren wegen grober Systemaufbau- und Ablauffehler zu erwarten.

Wie sieht es nun mit der Rolle des Rechts-

anwaltes aus, wenn sich ein betroffener Beamten diesem Dienst bedient. Hier ist zu beleuchten, von wem der Rechtsanwalt gehalten wird. Ja, er ist Zwangsmitglied bei einer Anwaltskammer und hat die Pflicht dem Kartellgebiet Mitteleuropa keinen Schaden zu zufügen. Der Rechtsanwalt ist auch vom Land gehalten und beherrscht. Somit ist er ebenfalls befangen und parteiisch.

Widersetzt sich der Rechtsanwalt diesem stillschweigenden Abkommen, dem absoluten Eid (12-BAR Vermutungen), welcher nicht der Eid auf das Grundgesetz ist, sondern der BAREid, läuft dieser Gefahr aus der Kammer ausgeschlossen zu werden, sämtliche Gerichtsverfahren nur noch zu verlieren, was seine Existenz im Endeffekt bedroht oder zum Erliegen bringt. Somit kann dieser nur als „Pseudovertreter“ für den Betroffenen auftreten, der nicht im Wissen darüber ist, daß der der ihn Vertreten soll jedoch übergeordnet z.B. dem Land verpflichtet ist, und das still schweigend.

Mehrfach wurde in Gerichtsverfahren beobachtet, daß Rechtsanwälte keinen Gebrauch von den garantierten Grundrechten für die Betroffenen einfordern und sie sogar dem Mandanten verwehren, um immer in der Ebene der Gesetze zu bleiben, welches immer den Grundrechten untersteht. Rechtsanwälte sind verpflichtet das Völkerrecht zu kennen und anzuwenden, jedoch sind die wenigsten überhaupt darin geschult oder ausgebildet, noch kommt es wegen des absoluten Eides auf die angenommene Vermutung von Fakten gegen Tatsachen zur Anwendung. Die Kraft des normativen Fakt soll Tatsache werden.

Die Polizeigewerkschaft meint:

<https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/p50304?open&ccm=300040910> Gewerkschaft der Polizei – Bundesvorstand - 10. März 2005

„...GdP zu Forderungen nach „unabhängigen Kontrollgremien“ für die Polizei

Freiberg: amnesty international stellt Unabhängigkeit der deutschen Justiz in Frage, Berlin. „Die erneute Forderung von amnesty international (ai) nach so genannten unabhängigen Gremien zur Untersuchung von Beschwerden gegen die Polizei lehnen wir ab. Diese Forderung stellt die Unabhängigkeit der deutschen Justiz in Frage“, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg am heutigen Donnerstag zu Äußerungen der deutschen Generalsekretärin von amnesty international, Barbara Lochbihler, in den Stuttgarter Nachrichten. ..."

Mit dieser ablehnenden Aussage stellt sich doch eher die Frage, für wen die Gewerkschaft der Polizei wirklich da ist, und wieso man gegen unabhängige und unparteiische Gremien sich stellt. Diese Frage läßt sich auch schnell beantworten, denn Gewerkschaften sind ebenfalls gehalten und lehnen laut ihrer Satzung undemokratische Bestrebungen jeder Art ab. Eine (Weiter)-Entwicklung im System ist nicht möglich.

Das hört sich vielleicht auf den ersten Blick gar nicht falsch an, jedoch welcher Mensch kann es zulassen, daß über seine Würde demokratisch abgestimmt wird und von wem? Das steht unter diesem Aspekt gegen die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, welches sich die Gewerkschaften der Polizei ebenfalls zur Aufgabe in ihrer Satzung gemacht haben und zeigt damit den fatalen Kollisionskurs gegen das zwingend-humanitäre Völkerrecht auf!

Diese kurz umrissenen Tatsachen legen offen, daß es z.B. wie hier bei Disziplinarverfahren, aber auch bei anderen Verfahren nicht zu einem Standard eines fairen und billigen Verfahren kommen kann.

Wer gewinnt in dieser Angelegenheit?

Das Gericht berechnet seine Kosten dem Betroffenen auf! Der Polizeiverband berechnet die Kosten des Disziplinarverfahrens! Der Rechtsanwalt berechnet die Kosten für seine Vertretung! Die Gewerkschaft finanziert sich über Beiträge eines möglichen Betroffenen.

Der Verlierer ist immer der Betroffene oder das Opfer von Menschenrechtverletzungen durch Beamte, je nachdem welches Ziel durch den Dienstherrn verfolgt wird!

# Aktiv in der Gemeinde?

## Wer in der Gemeinde kann von Ihrem Engagement partizipieren?

Nutzen Sie VOLLDRAHT, als Ihr Werkzeug. Schreiben Sie was in Ihrer Gemeinde richtig gestellt werden sollte und verteilen Sie die Zeitung VOLLDRAHT in Ihrer Gemeinde.

Sie brauchen 500, 1500 oder 3000 Zeitungen, kein Problem.

Wir liefern die Zeitungen, Sie liefern das Abo.

# Wir dienen Deutschland



Mehr als nur Informationen

### Abonnieren und mitgestalten

Ausfüllen. Abschieken. Zeitung lesen

☐ **Leserabonnement**  
Ja, ich will VOLLDRAHT ab (Monat)...../2019 mit 59,40 EUR (inkl. Versandkosten) innerhalb Deutschlands für 12 Ausgaben abonnieren.

☐ **Abo für Freiheitskämpfer**  
Ja, ich will VOLLDRAHT ab (Monat)...../2019 mit 24,75 EUR (inkl. Versandkosten) monatlich für 50 Zeitungen innerhalb Deutschlands abonnieren. Versand nach Zahlungseingang.

☐ **Abo für 150 Zeitungen**  
Ja, ich will VOLLDRAHT ab (Monat)...../2019 mit 49,75 EUR (inkl. Versandkosten) monatlich für 150 Zeitungen innerhalb Deutschlands abonnieren. Versand nach Zahlungseingang.

**Rechnungsadresse**  
Familienname, Vorname \_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
E-Post \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_  
Unterschrift \_\_\_\_\_

**Kündigung**  
Das Leser-Abonnement verlängert sich nicht automatisch nach 12 Ausgaben.  
Das Freiheitskämpfer-Abonnement kann monatlich gekündigt werden.  
Unterschrift \_\_\_\_\_

**Lieferadresse**  
Familienname, Vorname \_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort \_\_\_\_\_

**Zahlung**  
**Paypal:** [info@voldraht.de](mailto:info@voldraht.de)  
**Überweisung**  
IBAN: DE87 1309 1054 0001 2391 63

Ausgefüllten Vordruck per Post an:

VOLLDRAHT e.V., Brudersdorf 58, 17159 Dargun OT Brudersdorf

Vertreten durch Jörn Baumann - E-Post: [info@voldraht.de](mailto:info@voldraht.de) - Mobil: 0176-494 30 281

